

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 10

Erscheinungstage: 2. und 4. Preis vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Bestellung bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin O. 2, Breitestr. 8/9 IV. Fernruf: Zentrum 272

Berlin, den 5. März 1922

Anzeigenpreis: Die 6 schrittweise Kolonnetze 3 Mark; für Verbandsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Verlagsmitteilungen usw. 1 Mark. Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten.

38. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Erhebung einer Extrasteuer. Die fortschreitende Geldentwertung, die dadurch immer größer werdenden laufenden Ausgaben und die Notwendigkeit der Ansammlung immer größerer Mittel für kommende Lohnkämpfe erfordern es, daß der Verbandskasse größere Mittel zugeführt werden.

Wir haben deshalb im Einverständnis mit dem Verbandsauschuß auf Grund des § 9 des Verbandsstatuts die Erhebung einer Extrasteuer beschlossen, die vom 1. April, also von der 14. Woche ab, in Kraft tritt.

Die Extrasteuer soll betragen:

Beitragsklasse	I	II	III	IV	V
Mart	0,50	1,50	1,50	2,—	2,50

Der Verbandsbeitrag beträgt dann einschließlich der Extrasteuer von der 14. Woche ab

Beitragsklasse	I	II	III	IV	V
Mart	2,—	4,—	5,—	7,—	9,—

Alles Nähere über die Extrasteuer veröffentlichen wir in der nächsten Nummer der Buchbinder-Zeitung.

2. Anstellung eines dritten Beamten für den Gau Hanja. Die Vermehrung der Arbeiten im Gau Hanja und der Zahlstelle Hamburg-Altona macht die Anstellung eines weiteren Beamten für den Gau notwendig. Im Einverständnis mit dem Verbandsauschuß bringen wir die neue Stellung hiermit zur Ausschreibung.

Der neue Beamte soll seinen Sitz in Hamburg haben und wird sich in der Hauptsache mit der Kassenverwaltung für den Gau und die Zahlstelle zu beschäftigen haben, wird gelegentlich aber auch in der Agitation und bei anderen Organisationsarbeiten mit eingreifen müssen. Die erforderliche Befähigung für die in Frage kommende Stellung ergibt sich aus diesen Andeutungen über das Tätigkeitsgebiet des neuen Beamten.

Die Anstellung erfolgt nach den üblichen Bedingungen. Die Wahl vollzieht der Verbandsvorstand und der Ausschuß.

Bewerber und Bewerberinnen, die mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein müssen, wollen selbstgeschriebene Bewerbung und kurze Angaben über ihren Lebenslauf und ihre bisherige Tätigkeit für die Organisation in je drei Exemplaren spätestens bis zum 18. März an uns einbringen.

3. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt worden. Sie betragen nunmehr wöchentlich in

Beitragsklasse	1	2	3	4	5
	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.
Essen	75	75	75	150	150
Ostervick	50	50	50	50	50
Stettin	—	—	50	—	100
Werdau	50	50	50	100	100

4. Materialverkauf. Allen Gau- und Ortsverwaltungen sind zugesandt:

- Abrechnungsformulare,
- Unterstützungsberechnungstabellen,
- Berichtstypen für Februar,
- Protokoll der IV. Internationalen Buchbinder-Konferenz, Abgehalten in Bern 28. bis 30. September 1921.

Sollte die Sendung irgendwo nicht eingetroffen sein, bitten wir um Nachricht.

5. Karten zur Arbeitslosenstatistik sind von einer Anzahl der Zahlstellen noch nicht eingekandt worden. Wir bitten dieselben unverzüglich frankiert abzusenden, damit sie spätestens am 6. März in unserm Besitz sind.

Insbesondere bitten wir die Zahlstellen, denen auch noch die Karte für Januar nochmals übersandt worden ist, die Zahl der männlichen und weiblichen jugendlichen Mitglieder in dieselbe einzutragen und uns die Karte mit der Februarkarte einzusenden.

Der Verbandsvorstand.

Wahl der Delegierten zum Verbandstag.

Die Wahl der Delegierten hat in allen Gauen und Zahlstellen am Freitag, den 7., Sannabend, den 8. oder Sonntag, den 9. April, stattzufinden. Die Gau- und Ortsverwaltungen haben unter diesen drei Tagen den für ihren Bezirk geeignetsten auszuwählen und darf die Wahl in der betreffenden Zahlstelle bzw. von den Einzelmitgliedern des Gaus nur an dem einen so bestimmten Tage vorgenommen werden. Den Zahlstellen bleibt es überlassen, zu bestimmen, ob die Wahl in zu diesem Zwecke einberufenen Wahlversammlungen oder durch Urwahl erfolgen soll. Auf alle Fälle muß die Wahl mittels Stimmzettel vorgenommen werden. Dabei sind die im Wahrglement enthaltenen Bestimmungen zu beachten. Das Wahrglement ist im Anhang zum Statut abgedruckt.

Nach den Bestimmungen im § 69 des Statuts haben je 600 Mitglieder das Recht, einen Delegierten zu wählen. In Wahlbezirken mit mehr als einem Delegierten ist auf Grund der Verhältniswahl nach gebundenen Listen zu wählen. Die Bildung der Wahlbezirke ist vom Verbandsvorstand in geeigneter Weise vorgenommen worden. Die Zahl der Mitglieder hierfür wurde festgestellt nach der letzten vorliegenden Abrechnung auf Grund der durchschnittlichen Beitragsleistung. Die Feststellung der Beitragsleistung erfolgte nach der Abrechnung des vierten Quartals, soweit diese bis zum 16. Februar eingegangen war. Von 28 Zahlstellen, die eine Abrechnung bis dahin nicht eingekandt hatten, wurden die Beitragszahlen der Abrechnung vom dritten Quartal zugrunde gelegt.

Nach den Abrechnungen wurden insgesamt 965 290 Beiträge von 87 421 Mitgliedern als geleistet festgestellt. Als durchschnittliche Beitragsleistung ergeben sich daher pro Mitglied 11 Beiträge. Durch den am Jahreschluß eingetretenen Marktwechsel und der damit verbundenen Begleichung der Restwachen, wurde in einer Anzahl Zahlstellen eine über dem Durchschnitt stehende Beitragsleistung erzielt. Diese Zahlstellen würden bei der Feststellung der Zahl der Mitglieder, berechnet nach der durchschnittlichen Beitragsleistung, mehr Mitglieder angerechnet erhalten, als am Quartalschluß tatsächlich vorhanden sind. Das liegt aber nicht im Sinne des Statuts und sind daher in allen diesen Fällen die von den Zahlstellenverwaltungen angegebenen somit nur vorhandenen Mitglieder bei der Bildung der Wahlbezirke in Ansatz gebracht worden.

Für die Berechnung der Zahl der Delegierten kommen 84 379 Mitglieder in Betracht, auf die 140 Delegierte entfallen.

Die Einteilung der Wahlbezirke haben wir unter möglicher Berücksichtigung der Zusammengehörigkeit in den einzelnen Gauen in nachstehender Weise vorgenommen. Bei jedem Bezirk ist die Zahl der zu wählenden Delegierten angegeben. Die Vororte sind an die Spitze des jeweiligen Wahlbezirks gesetzt und im Druck hervorgehoben. Im 44. Wahlbezirk, in dem der Gau (Gaubureau) als Vorort bestimmt ist, hat die Gauverwaltung die Wahlleitung zu übernehmen.

1. Bezirk: 28 Delegierte. Berlin
2. Bezirk: 1 Delegierter. Königsberg, Danzig, Lissit, Gau Nordosten Einzelmitglieder.
3. Bezirk: 1 Delegierter. Stettin, Bernau, Neudamm.
4. Bezirk: 1 Delegierter. Frankfurt a. d. O., Guben, Cottbus, Spremberg.
5. Bezirk: 2 Delegierte. Breslau, Gau Schlesien Einzelmitglieder.
6. Bezirk: 1 Delegierter. Breg.
7. Bezirk: 1 Delegierter. Görlitz, Bunzlau, Stogau, Lauban, Liegnitz, Neusalz.
8. Bezirk: 1 Delegierter. Hirschberg, Gletwitz, Goldberg, Striegau, Ratibor.
9. Bezirk: 3 Delegierte. Hamburg.
10. Bezirk: 1 Delegierter. Lübeck, Flensburg, Kiel, Rostock, Schwerin, Wismar, Gau Hanja Einzelmitglieder.
11. Bezirk: 1 Delegierter. Bremen, Ründe, Leer, Oldenburg, Osnabrück, Rühringen-Wilhelms-haven.
12. Bezirk: 1 Delegierter. Rathenow, Brandenburg, Neuruppin, Potsdam-Nowawes, Gau Magdeburg Einzelmitglieder.
13. Bezirk: 3 Delegierte. Magdeburg, Aschersleben, Bernburg, Burg, Halberstadt, Osterwieck a. Harz, Quedlinburg.
14. Bezirk: 1 Delegierter. Lützenwalde, Dessau, Torgau, Wittenberg.
15. Bezirk: 4 Delegierte. Hannover, Hildesheim.
16. Bezirk: 1 Delegierter. Braunschweig, Gau Hannover Einzelmitglieder.
17. Bezirk: 2 Delegierte. Bielefeld, Detmold, Minden.
18. Bezirk: 1 Delegierter. Kassel, Göttingen, Wanfried.
19. Bezirk: 3 Delegierte. Barmen-Eiberfeld, Hagen, Gau Rheinland-Westfalen Einzelmitglieder.
20. Bezirk: 1 Delegierter. Dortmund, Dülmen, Gummersbach-Ründeroth, Herforn, Lüterscheid, Münster, Neheim.
21. Bezirk: 1 Delegierter. Essen, Bochum, Duisburg-Ruhrort, Gelsenkirchen, Mülheim, Remscheid, Wespel.
22. Bezirk: 1 Delegierter. Düsseldorf, Ohligs, Solingen-Wald.
23. Bezirk: 2 Delegierte. Köln, Aachen, Düren, Gau Rheinland l. d. Rh. Einzelmitglieder.
24. Bezirk: 1 Delegierter. Krefeld, M. Gladbach, Biersen, Wiesdorf.
25. Bezirk: 1 Delegierter. Bonn, Koblenz, Neuwied, Trier.

- 26. Bezirk: 3 Delegierte. Frankfurt a. M., Limburg, Wiesbaden, Gau Hessen und Pfalz Einzelmitglieder.
- 27. Bezirk: 1 Delegierter. Hanau, Fulda, Gießen, Weimar, Mainz, Marburg, Neustadt.
- 28. Bezirk: 1 Delegierter. Darmstadt, Oberstadt, Heidelberg.
- 29. Bezirk: 1 Delegierter. Mannheim - Ludwigshafen, Grünstadt, Kaiserlautern, Kandel, Kirchheimbalden, Saarbrücken, Saarlouis, Worms.
- 30. Bezirk: 1 Delegierter. Halle.
- 31. Bezirk: 1 Delegierter. Eisenberg, Gera, Greiz, Roda.
- 32. Bezirk: 1 Delegierter. Zeitz, Altenburg, Gößnitz, Jena, Nordhausen, Schleiz, Schmölln, Weiseneis.
- 33. Bezirk: 1 Delegierter. Weimar, Arnstadt, Gräfenthal, Ilmenau, Koburg, Rauenstein, Rudolstadt, Saalfeld, Sonneberg. Gau Thüringen Einzelmitglieder.
- 34. Bezirk: 1 Delegierter. Erfurt, Eisenach, Gotha, Langensalza, Mühlhausen, Ruhla, Schmalkalden.
- 35. Bezirk: 2 Delegierte. Chemnitz.
- 36. Bezirk: 12 Delegierte. Dresden.
- 37. Bezirk: 14 Delegierte. Leipzig.
- 38. Bezirk: 1 Delegierter. Limbach, Burgstädt, Freiberg, Hainichen.
- 39. Bezirk: 1 Delegierter. Würzen, Brandis.
- 40. Bezirk: 1 Delegierter. Grimma, Meissen, Rorhau.
- 41. Bezirk: 1 Delegierter. Plauen, Aue, Oberwiesenthal, Raschau.
- 42. Bezirk: 1 Delegierter. Zwickau, Crimmitschau, Glauchau, Reichenbach, Verdau.
- 43. Bezirk: 3 Delegierte. Annaberg-Buchholz.
- 44. Bezirk: 2 Delegierte. Gau Sachsen (Gaubereau) Einzelmitglieder, Ebersbach-Neugersdorf, Sebnitz, Seiffenensdorf, Zittau.
- 45. Bezirk: 5 Delegierte. Stuttgart, Ludwigsburg, Reutlingen.
- 46. Bezirk: 1 Delegierter. Kirchheim u. T., Göppingen, Boll.
- 47. Bezirk: 2 Delegierte. Heilbronn.
- 48. Bezirk: 2 Delegierte. Karlsruhe, Gau Württemberg und Baden Einzelmitglieder.
- 49. Bezirk: 1 Delegierter. Pforzheim, Freiburg.
- 50. Bezirk: 2 Delegierte. Lahr.
- 51. Bezirk: 2 Delegierte. Trossingen, Konstanz, Ulm.
- 52. Bezirk: 4 Delegierte. Rürnberg.
- 53. Bezirk: 1 Delegierter. Erlangen, Bagreuth, Emstirchen, Schweinfurt, Würzburg, Gau Nordbayern Einzelmitglieder.
- 54. Bezirk: 4 Delegierte. München.
- 55. Bezirk: 1 Delegierter. Augsburg, Kaufbeuren, Regensburg, Gau Südbayern Einzelmitglieder.

Die Mitglieder der einzelnen Bezirke haben nun in geeigneter Weise Vorschläge für den oder die zu entsendenden Delegierten zu machen und diese Vorschläge bis spätestens Montag, den 20. März, an den Bevollmächtigten des Vorortes gelangen zu lassen. Unabhängig von den aus den Versammlungen der Zahlstellen hervorgehenden offiziellen Wahlvorschlägen steht auch jedem einzelnen Mitgliede das Recht zu, bis zum oben angegebenen Termin Vorschläge zu machen.

Die Bevollmächtigten der Vororte haben die ihnen unterbreiteten Vorschläge am Mittwoch, den 22. März, zusammenzustellen und noch am gleichen Tage an die Bevollmächtigten der Zahlstellen und Gaus weiterzugeben. Diese sind gehalten, sofort nach Empfang der Wahlvorschläge die Namen sämtlicher bis zum Endtermin vorgeschlagenen Kandidaten zu veröffentlichen und den Mitgliedern in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen. Diese Veröffentlichung hat dort zu erfolgen, daß die Vorschlagszettel dem Wahlreglement entsprechen und als Stimmzettel benutzt werden können. Zugleich mit der Bekanntgabe der Wahlvorschläge ist auch anzugeben, an welchem Tage und in welchem Lokal bzw. in welchen Lokalen die Wahlhandlung selbst vollzogen wird.

Die Wahl der Delegierten erfolgt entweder am Freitag, den 7. Sonnabend, den 8. oder Sonntag, den 9. April, also nur an einem dieser Tage, in den

von den Ortsverwaltungen hierfür bestimmten Lokalen und kann nur von den dort persönlich erschienenen Mitgliedern ausgeübt werden.

Die Einzelmitglieder der Gaus haben ihre Stimmzettel in einem mit dem Worte „Wahl“ versehenen geschlossenen Kuvert spätestens bis zum 9. April an den Gau Bevollmächtigten einzusenden, an den sie ihre Beiträge entrichten. Derselbe ist verpflichtet, diese geschlossenen Kuverts noch am Tage der Wahl an die Wahlkommission zu übergeben bzw. an den Bevollmächtigten des Bezirksvorortes abzusenden.

In den Zahlstellen sind die Resultate der Wahl von den nach Ziffer 15a des Wahlreglements ernannten Wahlkommissionen sofort noch beendigter Wahlhandlung, spätestens aber am Sonntag, den 9. April nachmittags, zusammenzustellen. Des Wahlergebnisses ist unter Beifügung der abgegebenen Stimmzettel sofort dem Bevollmächtigten des Vorortes zu übermitteln oder an diesen abzusenden.

Der Bevollmächtigte des Bezirksvorortes hat die eingegangenen Wahlergebnisse sofort zusammenzustellen und das Ergebnis bis spätestens Freitag, den 14. April, mit der Unterschrift von mindestens zwei Kontrolleuren versehen, an den Verbandsvorstand einzusenden. Die Stimmzettel sind am Vorort sorgfältig aufzubewahren. Als Kontrolleure sind die örtlichen Revisoren zu bestimmen.

Dort, wo der Gauverband als Wahlleiter bestimmt ist, ist dieser durch Mitglieder der örtlichen Verwaltung auf die für die Wahlkommission vorgesehene Zahl von fünf Mitgliedern zu ergänzen.

Für die korrekte Durchführung der Wahlen sind die örtlichen Bevollmächtigten, die Gau Bevollmächtigten und die ernannten Wahlkommissionen verantwortlich; für die Richtigkeit des uns zu übermittelnden Wahlergebnisses sind die Kontrolleure verantwortlich.

Sobald der örtliche Bevollmächtigte, der Gau Bevollmächtigte oder einer der Revisoren als Kandidat zur Wahl steht, ist die denselben überwiesene Tätigkeit bei der Wahlhandlung einem Stellvertreter zu übertragen.

Um als gewählt zu gelten, genügt einfache Stimmenmehrheit in den Bezirken, in denen nur ein Delegierter zu wählen ist. In allen übrigen Wahlbezirken, in denen auf Grund der Verhältnismahl nach gebundenen Listen gewählt worden ist, erfolgt die Zuteilung der Mandate, indem die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden Stimmzahlen nacheinander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt werden, bis von den sich hierbei ergebenden Teilzahlen so viele Höchstzahlen der Größe nach ausgefordert werden können, als Delegierte zu wählen sind.

Hierzu nachstehendes Beispiel:

Die Zahlstelle I. hat 7342 Mitglieder und wählt 12 Delegierte. Zur Wahl stehen drei Listen A, B und C. An der Wahl beteiligten sich 5938 Mitglieder. Auf die Liste A entfallen 2926 Stimmen, auf die Liste B 987 und auf die Liste C 2025 Stimmen. Die Stimmzahlen für die einzelnen Listen werden nacheinander durch 2, 3, 4 usw. geteilt, so daß sich folgendes Bild ergibt:

Liste A	Liste B	Liste C
2926 = 1. Deleg.	987 = 5 Deleg.	2025 = 2 Deleg.
1463 = 3. "	493 = 11. "	1027 = 4. "
975 = 6. "	329 = 8. "	685 = 8. "
731 = 7. "	246 = 10. "	513 = 10. "
585 = 9. "	197 = 11. "	411 = 11. "
487 = 12. "	161 = 12. "	342 = 12. "

Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Listen erfolgt in der Weise, daß der erste Delegierte auf die größte Zahl entfällt, der zweite auf die zweitgrößte, der dritte auf die drittgrößte usw., bis alle 12 Delegierte verteilt sind.

Etwasige sich notwendig machende Stichwahlen sind von dem Bevollmächtigten des Vorortes sofort nach Feststellung des Wahlergebnisses mit möglichst kurzem Termin anzuordnen. Dem Verbandsvorstand ist über die getroffenen Anordnungen Bericht zu erstatten.

Etwasige Einsprüche gegen die Wahl sind dem Verbandsvorstand bis spätestens Dienstag, den 18. April, zu übermitteln.

Im übrigen verweisen wir nochmals auf das jedem Blatt auf Seite 48 bis 51 angefügte Wahlreglement, dessen genaue Beachtung Pflicht aller Beteiligten ist.

Der Verbandsvorstand.

Neue Lohnverhandlungen

sind von unserem Verbandsvorstand auf das Drängen unserer Mitglieder hin beim Arbeitgeberverband für das Deutsche Etwis- und Kartonnagengewerbe und auch beim Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industriellen beantragt worden. Der „Adde“ schlägt vor, diese Lohnverhandlungen mit den Verhandlungen über Neuabschluss des Mantelvertrages zu verbinden und die Verhandlungen am 20. März in Eisenach stattfinden zu lassen. Ort und Zeit steht beim Abschluß dieser Nummer jedoch noch nicht endgültig fest. Dieser etwas späte Zeitpunkt wird von den Unternehmern vorgeschlagen, weil ein erheblicher Teil der Verhandlungsteilnehmer in der ersten Hälfte des März durch die Leipziger Frühjahrsmesse an Verhandlungen mitzuwirken verhindert ist. Mit dem „Api“ ist bis zur Stunde eine Verständigung noch nicht erzielt.

Lohnverhandlungen mit den Tüten- und Beutelfabrikanten

des Bezirks Sachsen, Thüringen und Anhalt fanden am 22. Februar in Leipzig statt. Am 7. Januar kam bekanntlich ein Lohnabkommen nicht zustande, weil nur 15 Proz. auf die bestehenden Löhne zugebilligt wurden. Damit wäre die Arbeiterschaft der in Frage kommenden Bezirke unter die Löhne Südwestdeutschlands gekommen. Bei den Verhandlungen am 22. Februar waren die Fabrikanten nur bereit, die Api-Lohnzulagen zu gewähren. Mit diesem Angebot wären wir wieder hinter Schlesien und Südwestdeutschland zurückgeblieben. Die Vertreter der Kollegenschaft ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie ein Lohnabkommen, das unter den genannten zwei Bezirken bleibt, nicht abschließen würden. Nach langwierigen Verhandlungen wurde dann vereinbart, daß ab der Woche vom 16. Februar die Lohnzulagen der „Api“-Verbände gezahlt werden und ab 15. März die Lohnzahlungen so erfolgen, daß die Tariflöhne mit Schlesien und Südwestdeutschland gleich sind. Der Zeitlohnvertrag wurde damit bis zur ersten vollen Lohnwoche im April verlängert. Die Arbeitgeber, die ab 7. Januar zugestanden 15 Proz. Lohnerhöhung nicht bezahlt haben, haben diese voll nachzuzahlen.

Gegen die Verbindlichkeitsklärung des „Api“-Tarifes

wird von den Unternehmern Einspruch erhoben. Nach einer Mitteilung des „Allgemeinen Anzeigers für Buchbindereien“ ist vom Bund deutscher Buchbinder-Innungen, der hierin vom Reichsverband des deutschen Handwerks unterstützt wird, von der Vereinigung süddeutscher Buchbindermeisterverbände, dem sechs Landesverbände Süddeutschlands angehören, vom Verband deutscher Buchbinderbesitzer, vom Reichsverband der Buchbindereien und vom Deutschen Buchdruckerverein in einer eingehend begründenden Eingabe an die maßgebende Behörde Einspruch gegen die Verbindlichkeitsklärung erhoben worden. Da die Einspruchsfrist mit dem 20. Februar abgelaufen ist, werden die Antragsteller, das ist unser Verband und der graphische Zentralverband, in den nächsten Tagen amtlich von den Gründen, die zum Einspruch bewegen haben, in Kenntnis gesetzt werden. Bis dahin versagen wir uns eine Stellungnahme zu dem unverständlichen Schritt vor allem der drei zuletzt genannten Unternehmerorganisationen, die als Vertragskontrahenten ein direkt gegenteiliges Vorgehen zeigen sollten.

Die Kosten unserer Zeitung

sind — wie in der letzten Nummer nachgewiesen wurde — außerordentlich hohe. Sie zwingen dazu, nach Mitteln und Wegen Ausschau zu halten, um die Verbandskasse — soweit das möglich ist — in etwas hiervon zu entlasten. Dabei stellen wir als erstes Erfordernis die regelmäßige achtsseitige Herausgabe in den Vordergrund, nachdem sich gezeigt hat, daß die seitherige vierseitige Ausgabe nicht nur unbefriedigend, sondern

segar schädlich für unsere Gesamtinteressen werden muß. Dann handeln wir nur konsequent, wenn an erster Stelle ein Vorschlag gemacht wird, der die Fortentwicklung unserer Organisationen im graphischen Gewerbe beachtet und einen weiteren Schritt, zum graphischen Industrieverband zu kommen, darstellt.

In den meisten Dingen haben die graphischen Organisationen völlig gleichlaufende Interessen. Nicht nur in wirtschaftlichen, sozialpolitischen und allgemein gewerkschaftlichen Fragen, sondern auch in speziellen Berufsfragen werden sie von den gleichen Gesichtspunkten geleitet. Das sind Tatsachen, die den Förderern des Gedankens eines engeren Zusammenflusses der graphischen Gewerkschaften — zu denen sich unser Verband in erster Linie zählen darf — nur zu gut bekannt sind. Trotz allem aber hat man sich noch nicht dazu aufschwingen können, den Weg des Getrenntmarschierens und des Getrenntschlagens aufzugeben, und die Möglichkeit einer gemeinsamen Aufklärungsarbeit war wohl noch nie der Gegenstand einer Debatte. Und diese Frage ist es, die in Verbindung mit den jetzigen hohen Zeitungskosten uns wert erscheint, daß sie zur Diskussion gestellt wird.

Nehmen wir die materielle Seite vorweg, so ist dazu zu sagen, daß durch ein Zusammengehen der graphischen Verbände in der Zeitungsfrage eine Verbilligung ohne weiteres eintreten muß. Die fast völlig gleichlaufenden Interessen lassen es sehr wohl möglich erscheinen, daß die jetzigen Verbandszeitungen zusammengelegt werden. Dabei kann und muß man zunächst den Buchdrucker, „Korrespondent“ außer Betracht lassen, der durch seine ganze Einstellung und die dreimalige Ausgabe in jeder Woche stark aus dem üblichen Rahmen herausfällt. Bei einer Zusammenfassung der drei verbleibenden Zeitungen der Steinbrücker, Hilfsarbeiter und der unseren zeigt sich durch ein einfaches Rechenexempel, daß manche Ersparnisse erzielt werden können, die bei den heutigen hohen Kosten immerhin nicht unbeachtlich bleiben dürfen. Unsere Auflage beträgt jetzt 94 000, das Organ der Hilfsarbeiter hat 51 000 und das der Steinbrücker 21 000. Beim Zusammenlegen dieser drei Zeitungen ergibt sich eine Auflage von zurzeit 166 000. Mit dem Steigen der Auflage verringern sich naturgemäß auch die Kosten pro Mitglied nicht unwesentlich. Dazu kommt dann noch, daß der Satz nicht wie seither, dreimal, sondern nur einmal erforderlich ist und auch hierbei nicht unbeachtliche Ersparnisse erzielt werden können, zu denen dann noch weitere durch Neuorganisation des Verbandes kommen werden. Die materiellen Auswertungen, die ziffernmäßig erst durch Aufstellung eines Etats normiert werden können, sind aber auch ohne diesen in die Augen springend.

Dazu kommt dann noch die ideelle Seite der Sache, die uns von größerer Bedeutung sein muß als die materielle. Ist es an sich schon im Interesse unseres ganzen Strebens gelegen, die graphischen Organisationen zusammenzubringen, dann ist eine Einheitszeitung für die drei hier genannten Gewerkschaften eines der Mittel zu diesem Ziel mit. Die Gewerkschaftspresse hat im großen und ganzen einen gleichlaufenden Inhalt, bedingt durch ihre Stellung als Interessenvertretung der Arbeiterschaft. Abstrahiert wird dieser Inhalt fast nur von der persönlichen Anschauung des jeweiligen Schriftleiters und von der Orientierung des von ihm vertretenen Verbandes. In höherem Maße ist der gleichlaufende Inhalt bedingt dann, wenn es sich um so nahe verwandte Berufe handelt wie in der graphischen Industrie, in denen die beruflichen Interessen des einen Verbandes die des anderen nicht gleichmäßig lassen können. Und das hat sich ja oftmals schon als großer Mangel gezeigt, daß die Berufsverhältnisse der einen Gewerkschaft den Mitgliedern der anderen nicht in dem Maße zur Kenntnis kommen können, wie es notwendig wäre. Eine Einheitszeitung würde auch diesen Mangel beheben und das Verständnis für die Berufsschmerzen jeder einzelnen der beteiligten Gewerkschaften in die Kreise der anderen tragen und damit die ganze Zusammenarbeit fördern.

Um auch zur persönlichen Seite ein Wort zu sagen, sei bemerkt, daß auch hier eine wesentliche Vereinfachung und damit Verbesserung des seitherigen Zustandes erreicht wird. Heute liegen die Dinge so, daß über aktuelle Fragen jede der beteiligten Schriftleitungen zu schreiben hat, und deren Arbeiten

unterliegen, bedingt wieder durch die gleichlaufenden Interessen der Auftraggeber, einer gewissen einheitlichen Tendenz. Eine unterschiedende Note erfahren diese Arbeiten in der Regel nur durch das persönliche Eingestellthein des Schriftleiters und durch sein Temperament. Da scheint es uns auch nicht zuviel gesagt, wenn wir annehmen, daß hier eine recht überflüssige Kraftverschwendung getrieben wird, die viel besser und zweckmäßiger angelegt wird zu einer Vertiefung der Arbeiten und die so beiträgt zu einer Erhöhung des Niveaus der Zeitung selbst. Eine zweckmäßige Ressortenteilung gibt die Gewähr der intensiveren Beschäftigung mit den einzelnen Fragen und damit auch die Gewähr einer höheren geistigen Werte. Auch das sollte ein Moment mit sein, um die bei unserer Erörterung in Frage kommenden Gewerkschaften der graphischen Industrie zu veranlassen, sich mit der hier berührten Sache näher zu befassen.

Die Art der Durchführung des hiermit propagierten Gedankens ist zunächst eine Sache für sich. Geklagt sei dazu, daß es uns sehr wohl möglich erscheint, daß bei regelmäßig achteitiger Herausgabe der erste Teil von vier oder fünf Seiten den allgemeinen Fragen gewidmet sein muß, als da sind allgemeine Gewerkschaftsfragen, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Arbeiterinnen- und Jugendangelegenheiten, sonstige Arbeiterfragen usw., zum Teil auch solchen Berufsangelegenheiten, die allen beteiligten Verbänden in gleicher Weise nahegehen. Der restliche Teil müßte dann den jeweiligen Verbandsangelegenheiten reserviert bleiben, deren Zusammenfassung die Mitglieder der beteiligten Verbände gewerkschaftlich, beruflich und auch menschlich einander näher bringen wird. Alles in allem dünkt uns die hier angeschnittene Frage eine solche zu sein, die die Aufmerksamkeit der Verbandsleitungen, der davon berührten Zeitungen und auch der Mitglieder der drei graphischen Organisationen auf sich zu ziehen vermag.

Unser Beruf und die Gefängnisarbeit.

„Gemäß Anordnung des Herrn Justizministers wird voraussichtlich in einer Strafanstalt eines jeden Oberlandesgerichtsbezirks eine Buchbinderei eingerichtet werden, in der die Verbände ihre Buchbinderarbeiten herstellen lassen können. Eine solche Einrichtung befindet sich für den Oberlandesgerichtsbezirk Marienwerder bereits in der Strafanstalt Elbing. Sie bindet Bücher, namentlich auch Grundbücher und Zeitschriften gegen den tarifmäßigen täglichen Arbeitslohn von 6 M. für die Justizbehörden und von 8 M. für andere Behörden ein. Außerdem werden die Selbstkosten für das Material, das von der Anstalt beschafft wird, berechnet. Die Anfertigung der Arbeiten ist eine tabellose. Der Preis stellt sich bedeutend billiger als im freien Betriebe.“

Den nachgeordneten Behörden pp. stelle ich anheim, von diesem Anerbieten Gebrauch zu machen.
Stawo, den 17. August 1921.

Der Landrat.

Diese Ankündigung gab dem Verbandsvorstand Veranlassung, sich in einer Eingabe an den Preussischen Justizminister, den Reichswirtschaftsminister und den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zu wenden, in der gegen solche auch die Arbeiterschaft empfindlich schädigende Maßnahmen protestiert und verlangt wird, daß die Gefängnis- und Zuchthausarbeit, soweit unser Beruf in Frage kommt, nicht noch mehr ausgebeutet wird. Daß Strafsisengene mit irgendeiner Arbeit beschäftigt werden müssen, steht außer Frage, und daß unser Beruf nicht ausgenommen werden kann, ebenfalls. Aber die Perspektiven, die durch obige Bekanntmachung eröffnet werden, sind so, daß sie unserer Organisation Veranlassung zu obengenannten Maßnahmen geben. Diesem Vorgehen schloß sich der DGB. an, und ähnliche Eingaben stellte der Graphische Zentralverband und der Bund deutscher Buchbinderinnungen.

In der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates am 2. Dezember 1921 wurde über diese Eingaben verhandelt, wobei Herr Buchbindermeister Kallmann als Mitglied dieses Ausschusses einen eingehenden Bericht gab. Ihm schloß sich der Unterzeichnete, als Sachverständiger vernommen, an unter besonderer Würdigung des Einflusses solcher Schmutzkonzurrenz auf die Arbeiterschaft. Diese würde bei der beabsichtigten großen Ausdehnung der Gefängnisarbeit in höherem Maße als sonst arbeitslos. Dabei bestehe dann die Gefahr,

daß der eine oder andere Kollege in der Not der Kriminalität verfallt und dann als Strafsisengener in der Strafanstalt die Arbeit mache, die man ihm auf Grund der geplanten Maßnahmen der Justizbehörden als freiem Arbeiter wegnehme.

In der Aussprache nahm ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften leider einen Standpunkt ein, für den ihm der Graphische Zentralverband wenig dankbar sein wird.

Schließlich wurde ein Antrag eingebracht, der einstimmige Annahme fand:

„Der sozialpolitische Ausschuss ersucht seinen Vorstand, zu prüfen, wann und in welcher Form im Einvernehmen mit den betreffenden Regierungskstellen die Frage der Gefängnisarbeit und ihrer Wirkung auf die soziale Lage des Handwerks und seiner Arbeitnehmer eingehend untersucht werden kann.“

Auf Grund dieses Beschlusses besuchten Herr Kallmann und der Unterzeichnete das Zuchthaus in Borkly. Es sind dort nur männliche Strafsisengene, etwa 700, untergebracht. Besuche weiterer Strafsisengestalten sollen folgen.

Bei der Besichtigung in Borkly waren anwesend als Vertreter der Justizbehörden Herr Ministerialrat Wunstorff, Herr Oberstaatsanwalt Schreiber, Herr Staatsanwaltschaftsrat Hauptvogel, Herr Sekretär Standtke als Arbeitsinspektor, Herr Sekretär Urban. Bei dem Rundgang wurde zunächst die Buchbinderei beichtigt. Sie liegt im dritten Stock des Gebäudes, ein geräumiger Saal mit 8 Arbeitstischen, von etwa 30 Leuten in den verschiedensten Lebensjahren besetzt. Ein Aufseher, gelernter Buchbinder, gibt technische Aufklärung. Es ist Teilarbeit durchgeführt. Jeder der Häftlinge ist für einen bestimmten Arbeitsgang abgerichtet. Zum Einbinden stehen zur Verfügung Grund-, Steuer- und Terminbücher in den gebräuchlichsten Größen, insbesondere aber eine große Zahl Zeitschriften, Gesetzbücher und schönmissenschaftlicher Werke. Soweit Behörden nicht die Auftraggeber sind, sind alle diese Bände nach übereinstimmender Erklärung Eigentum der Strafsisengestalt und ihr zur Erweiterung ihrer Gefangenenbücherei geschenkt.

Die Vorrichtung zum Heften wird von einem in Einzelhaft befindlichen Häftling besorgt. Auch das Heften erfolgt auf der Heftlade in Zellen. Im großen Saal steht ein anderer die Weinsätze der Heftlagen. Die Arbeitsteilung ist beim Sortiment wie beim Geschäftsbuch ziemlich ähnlich dem freien Großbetrieb durchgeführt. Die fertigen Einbände machen äußerlich den Eindruck guter Mittelmäßigkeit. Das Material scheint zum Teil neuerer Herkunft zu sein. Die Verarbeitung des Buchblocks und des Sprungrückens aber läßt keine lange Haltbarkeit erhoffen. Fertige Sortimentsarbeit war nicht zu sehen. Ein Gesetzbuch in Halbleder wurde vorgelegt, es hätte einem Lehrling bei der Gefellenprüfung die Note „vier“ eingebracht.

Als Hilfsmaschinen befinden sich in dem Saal eine große Krauseische Radstschneidemaschine, eine Hebeschnidemaschine, eine Pappenschere und mehrere Stockpressen. In einer Zelle ist eine Bergoldpresse mit zahlreichen Schriften untergebracht. Es waren eine Menge roter Titelschilder mit Golddruck vorhanden.

Außer dem Einbinden von Büchern wurden im vorerwähnten Arbeitsaal auch Leute mit Tütenleben beschäftigt. Diese Arbeit wird von den Häftlingen nicht gerne geleistet, teils wegen der Eintönigkeit, teils weil die Verdienstmöglichkeit nicht groß ist. Nach den Angaben der Verwaltung werden in der Anstalt etwa 50 Leute mit reinen Buchbinderarbeiten beschäftigt, einschließlich der Hilfsarbeiter.

Legt man die bei unserem Besuch vorhandene Arbeit als regelmäßigen Anfall zugrunde, so ist anzunehmen, daß zu deren Bewältigung in freier Werkstatt etwa ein Betrieb von 25-30 Arbeitsträften nötig wäre. In gleicher Weise könnten 20-25 Kleinmeister die Arbeiten bewältigen, wobei die Arbeit ohne Zweifel dauerhafter hergestellt würde. Unterfamlichen in der Buchbinderei beschäftigten Strafsisengenen befindet sich kein einziger gelernter Buchbinder.

Am Anstalt auf diese Besichtigung wurden bereitwillig die übrigen Arbeitsäle und viele Einzelzellen gezeigt. Überall sah man neben dem ersten Willen zur Arbeit bei einer fast gleich großen Anzahl von Häftlingen eine Anlust zur Beschäftigung. Sie standen in den Ecken herum oder saßen an den Tischen. Ein Teil erging sich im Hofe der Anstalt.

Die Arbeitsart ist sehr verschieden. In dem einen Saal werden Pferdegeschirre auseinandergetrennt, die Streifen geschnitten und zu Matten zusammengesetzt. In einem anderen Raum werden wertvolle Stühle hergestellt. Man sieht Bettfedern schleifen, eine bei den Häftlingen scheinbar sehr beliebte Tätigkeit. Schuhmacher und Schneider sind, meistens in Einzelhaft, aber auch selbstbrüt mit der Instandsetzung der Kleidung der Inassen und der Beamten der Anstalt beschäftigt. Man sah hier auch manch solides Stück Arbeit. Das Zuschneiden des Materials scheint von den Aufsehern vorgenommen zu werden. Es wurde die Schmiede, die Schlosserei, die Bäckerei beschäftigt. In der Inhaftzeit war gerade das Essen fertig. Man verabreichte eine Kostprobe: Kartoffelsuppe mit darin gedöcktem Schellfisch, sehr schmackhaft und gut gewürzt. Wie in der ganzen Anstalt so herrschte auch hier Sauberkeit, die Zellen zum großen Teil freundlich und hell, von den Inassen nach Möglichkeit mit Bildern und sonstigem Wandschmuck versehen.

Die Arbeitsfälle erscheinen dagegen finster, teilweise dunkel. Auffallend ist der ungewöhnliche Verkehr der Häftlinge mit dem Anstaltspersonal und der Leitung. Die Gefangenen vermuteten, die Kommissionen wolle die Arbeitsleistung herausfinden oder die Wohnsätze drücken. Viele Fragen wurden gestellt und durch uns beantwortet. Auffallend ist die große Anzahl verhältnismäßig junger Gefangener, von denen die weitest größte Zahl sich im Alter von etwa 20-30 Jahren befindet. Kriegsfolgen!

An die Befestigung schloß sich eine etwa dreiviertelstündige Besprechung im Zimmer der Direktion. Man war einig in der Ansicht, daß die Beschäftigung mit produktiver Arbeit eine Notwendigkeit für die Gefangenen ist. Einigkeit herrschte auch darüber, daß es wesentlich zur Abstellung der Klagen über den unfaulteren Wettbewerb der Strafanstalten beitragen würde, wenn die Bezahlung der Arbeitsleistung der Häftlinge sich den Tariflöhnen angleiche.

Die Vertreter des Strafvolzugs sind aber der Meinung, durch höhere Forderungen die Privatunternehmer abzuschrecken, was von den Vertretern des Handwerks bestritten wurde. Die Justizverwaltung schlug vor, Kommissionen in den einzelnen Bezirken zu bestellen, die den Strafanstalten Beschäftigung überweisen sollen und bei der Preisfestsetzung mitzuwirken hätten. Im örtlichen Rathaus würde keine Arbeit ohne Zustimmung des Arbeitsamts angenommen.

Die Handwerksvertreter erklärten, daß dem unlauteren Wettbewerb nur begegnet werden könne, wenn die geleistete Arbeit richtig berechnet und unter sinniger Beziehung auf die freie Arbeit der Preis festgesetzt würde. Der Mehrerlös könne dem Staat und den Gefangenen zugewendet werden; ersterer könne es bestimmt gut gebrauchen.

Auf Wunsch wurde eine Arbeitsberechnung vorgelegt. Sie ergab nach oberflächlicher Schätzung etwa zwei Fünftel der Bezahlung, wie sie in freier Werkstatt verlangt werden müßte. Auf den Preis des Rohmaterials werden 20 Proz. für sonstige Zutaten und Unkosten geschlagen. Dieser Satz schwankt aber nach den Angaben des Rechners je nach dem monatlichen Gesamtverbrauch. Sonstige Unkosten wie Licht, Heizung, Kleidung, Nahrung, Aufsicht werden außer dem Arbeitslohn, im vorliegenden Fall vier Mark pro Tag, nicht berechnet. Die Vertreter des Handwerks erklärten, daß die vom Reichswirtschaftsrat zu wählende Kommission Mittel und Wege finden müsse, um einen Ausgleich in dieser Frage herbeizuführen, da die Ausdehnung der Gefängnisarbeit unter Beibehaltung dieser Berechnungsart eine erste volkswirtschaftliche Gefahr bedeute.

Zum Schluß wurde noch die Verwendung von Maschinen in den Strafanstalten erörtert. Es wurde anerkannt, daß mechanische Vorrichtungen zum Betriebe nötig sind und deren Kenntnis für den Gefangenen zum Wiedereintritt in die Freiheit zu begründen ist. Es bestand aber andererseits keinerlei Zweifel, daß Maschinen, die nur einer kurzen Wartung bedürfen, die im übrigen aber die Arbeit selbst verrichten, z. B. Lüten-, Beutel- und Umschlagmaschinen, dem Gefangenen keine eigene Arbeit lassen und so ihren Zweck in der Strafanstalt verfehlen. Seitens der Vertreter der Justizverwaltung wurde engherzige Fühlungsnahme mit den befehligten Kreisen zugeklagt. R. H e m m i n g e r.

Kriegsblinde als Altenhelfer.

Dem „Allgemeinen Anzeiger für Buchbinderere“ entnehmen wir folgende Ausführungen:
 „Von Berlin gehen seit einiger Zeit Bestrebungen aus, um Kriegsblinde als Altenhelfer auszubilden bzw. diese diesem Gewerbe durch entsprechende Ausbildung zuzuführen. Es liegt uns in dieser Hinsicht ein Werbeheft vor, das aus den Kriegsblindenscheitlitz, Berlin NW., Mittelstr. 6, stammt, deren Leiterin ein Fräulein Betty Fischer ist. Das Werbeheft trägt das Datum vom Oktober 1921. Einer kurzen Einleitung mit näheren Einzelheiten über die Art der Ausbildung von Kriegsblindenscheitlitz als Altenhelfer sind Briefe von Kriegsblindenscheitlitz als Lehrling ausgenommen hat, sind, wie aus der erwähnten Einleitung in dem Werbeheft hervorgeht, bis zum Herbst vorigen Jahres schon 30 Blinde ausgebildet worden, die, wie es heißt, fast ausnahmslos feste Anstellungen bei Behörden, Banken und Versicherungsanstalten einnehmen.“

So sehr den Kriegsblindenscheitlitz eine geeignete Beschäftigung als vollwertiger Beruf zu gönnen ist, so will es uns doch scheinen, als ob in dem erwähnten Werbeheft die Tatsachen in ein gar zu schönes Licht gestellt sind. Aus den Zeugnissen der Behörden geht fast übereinstimmend hervor, daß es sich nur um das Helfen von einfachen Sachen handeln kann und daß eine Vorbedingung darin besteht, daß die Arbeiten den kriegsblindenscheitlitz Altenhelfern geordnet übergeben werden. Man muß diesen Altenhelfern demnach, wie dies ja auch leicht erklärlich ist, Handlangerdienste leisten. Diese Tatsache allein dürfte genügen, um darzutun, daß der Beruf als Altenhelfer für Kriegsblinde nur in Ausnahmefällen zweckmäßig erscheint. Mit dieser Feststellung möchten wir zugleich nicht zuletzt auch im Interesse der Kriegsblindenscheitlitz selbst, vor dieser Ausbildung zum Altenhelfer warnen. Jedenfalls sind die reklamehaften Ausführungen in dem Werbeheft mit Vorsicht aufzunehmen. Wir sind der Meinung, daß sich manch anderer Beruf für Kriegsblinde weit besser eignet als derjenige der Altenhelfer. Wenn in Ausnahmefällen günstige Resultate erzielt wurden, so liegt unseres Erachtens kein Grund vor, diese wenigen Beispiele zu verallgemeinern.“

Diesen Einwänden des „Allgemeinen Anzeigers“ können wir uns nur anschließen; es wäre sinnlos, bei diesen bedauerenswerten Opfern des Krieges durch Schönfärberei Hoffnungen zu erwecken, die nach Lage der Sache nicht realisierbar sind und die ihre Ursache kaum in einem Mitleid für diese haben dürften, sondern in weit materielleren Gründen.

Zum Verbandstag.

Aus allen bisher veröffentlichten Stimmen klingt der Wunsch durch, eine Aenderung im Beitragswesen herbeizuführen. Auch ich halte die Beibehaltung der fünf Beitragsklassen für überflüssig. Mit 3 Klassen würden wir wohl voll auskommen. Die erste Beitragsklasse müßte dann für Lehrlinge und ungeübte Arbeiterinnen sein. Die geübten Arbeiterinnen und Gehilfen im ersten Jahre nach der Lehre zahlten die 2. Beitragsklasse. Alle übrigen gehören der 3. Klasse an. Auch mit der Zahlung des Beitrags haben sich die meisten Stimmen beschäftigt. Einige waren alle dafür, daß der jetzige Beitrag ganz unzureichend ist. Auch die Krabstimmungen für die selbstverständliche Erhöhung der Beiträge halte ich für überflüssig und zu kostspielig. Die Bohrerhöhungen sind notwendig durch die Entwertung unserer Mark. Auch unsere Verbandsverwaltung kann mit der entwerteten Mark nicht mehr kaufen wie unsere Mitglieder. Da ist es doch selbstverständlich, daß mit den Lohnerhöhungen auch die Beiträge steigen müssen. Wie die Mitglieder darüber denken, haben dann ja auch immer die Krabstimmungen gezeigt. Ich denke mir die Sache so: Von dem höchst festgelegten Wochenverdienst, der augenblicklich 600 Mk. beträgt, werden 1 1/2 Proz. als Wochenbeitrag der 3. Beitragsklasse festgesetzt. Die 2. Beitragsklasse zahlt dann 2/3 des Beitrages der 3. Beitragsklasse, während die 1. Beitragsklasse 1/3 zahlt. Der Verbandsvorstand legt mit dem Verbandsauschuss und Beirat fest, wann die Erhöhung des Beitrages zu erfolgen hat. Natürlich dürfen dann die Beitragsmarken auch nicht mehr den Preisandruck erhalten. Es würde ja auch genügen, wenn durch Rundschreiben und Bekanntmachung in der „Buchbinderzeitung“ den Mitgliedern und Verwaltungen bekanntgegeben wird, wieviel der Beitrag der 1., 2. und 3. Beitragsklasse von

einer bestimmten Woche an beträgt. Da brauchen dann nicht immer die von der Leitung überholten Marken fortgeworfen werden.

Ein Kollege trat auch dafür ein, mit unsern Unterstützungsanstaltungen ganz aufzuräumen. Das würde heißen, das Kind mit dem Bade ausschütten. Einem durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit in Not geratenen Menschen ist jeder Groschen willkommen. Deswegen die Beiträge niedrig halten, um wirklich in Not geratenen Mitgliedern die Unterstützung zu entziehen, wäre meines Erachtens das verkehrteste, was der Verbandstag beschließen würde. Rein Aufbau, nicht Abbau, muß es auch hier heißen. Im Jahre 1912 hatten wir einen Antrag gestellt, die Mitgliedschaft aus dem Industriegebiet etwas davon hätten. Ist doch kein Ort hier mehr als 25 Kilometer vom andern entfernt. Deshalb beantragten wir, die Entfernungsgrenze auf 10 Kilometer herabzusetzen. Wir werden jetzt diesen Antrag wieder aufnehmen und rechnen mit dessen Annahme. Behl. Bochum.

Vor weiteren Preissteigerungen.

Im folgenden geben wir einige Zeitungsnutzen wieder, die ohne Kommentar von jedem verstanden werden, der gezwungen ist, von der Hand in den Mund zu leben.

Das „Berliner Tageblatt“ vom 26. Februar schreibt:

Die notwendigen Lebensmittel haben schon heute eine für das Durchschnittseinkommen fast unerschwingliche Höhe erreicht. Das Brot kostet bereits 14 Mk., und für das Pfund Kartoffeln werden 3 Mk. und darüber verlangt. Dazu kommt, von allen anderen Lebensmitteln, wie Gemüse, Milch, Eiern, Butter und Margarine abgesehen, deren Preise gleichfalls beständig in die Höhe klettern, eine wilde Preistreibererei beim Fleisch. Zur Begründung wird von den Händlern und Fleischern angeführt, daß das Schlachtwieh immer knapper und teurer wird. Die Landwirte fangen an sich umzustellen. Unter der Zwangswirtschaft und dem Unlagereverfahren war es für sie rentabler, Vieh zu züchten. Jetzt, wo für das Brotgetreide die freie Wirtschaft winkt, werfen sie sich auf den Getreidebau. Dagegen wäre an sich nichts zu sagen, wenn es auf diesem Wege gelingen sollte, einen großen Teil der Einfuhr fremden Brotgetreides einbehalten zu machen. Aber es gewinnt leider mehr und mehr den Anschein, als ob diese veränderte Einstellung der landwirtschaftlichen Produktion mit einer wüsten Preistreibererei zusammenschlage. Und es ist besser, auf die Warnungsscheitlitz, die jetzt schon deutlich werden, rechtzeitig hinzuweisen, als sich von Dingen, wie schon so oft, überraschen zu lassen.

An der Berliner Rentenbörse ist schon in den letzten Wochen das Brotgetreide sprunghaft in die Höhe gestiegen worden. Am 25. Februar festieten 50 Kilogramm Weizen 560 bis 565 Mk. und Roggen 422 bis 428 Mk. Das ist etwa das Fünzigfache des Friedenspreises. Aber es sieht so aus, als ob es sich hier erst um einen schwächeren Anfang handelte. Wie die „Freiheit“ mitteilt, werden schon gegenwärtig Kaufverträge abgeschlossen, bei denen der Doppelzentner Weizen mit 1600 Mk. bezahlt wird, was auf 50 Rilo bereits 800 Mk. ausmachen würde. Und auch damit nicht genug, wird aus Hoffen gemeldet, daß einheimische Händler das Brotgetreide der neuen Ernte mit 1800 Mk. für den Doppelzentner aufkaufen; ein Händler aus dem Rheinland soll sogar 2200 Mk. gezahlt haben. Das würde eine Verdreifachung des heutigen Preises für Brot bedeuten; man würde dann für das neue Erntejahr mit einem Brotpreis von 50 bis 60 Mark rechnen müssen.

Solche Zahlen mögen phantastisch erscheinen; aber man muß sich erinnern, daß im letzten Herbst die Kartoffeln von Spekulationen Händlern mit 60 bis 70 Mk. für den Zentner aufgekauft und daß damals solche Preise für unmöglich angesehen wurden. Heute, wo die Kartoffeln bereits das Vierfache kosten, muß man leider sagen, daß diese Spekulation nur zu gut begründet war. Es könnte mit dem Brotgetreide ähnlich kommen, wenn die Reichsregierung die Hände in den Schoß legt und die Dinge so lange an sich herantommen läßt, bis es zu spät ist, dem Brotwucher zu wehren. Das Reich hat Wachmittel genug, um gegen eine wucherische Ausbeutung des Volkes rechtzeitig Maßregeln ergreifen zu können. Wir hoffen, daß die höchst bedenklichen Zeichen einer be-

Berichte.

vorstehenden ungeheuerlichen Ausfaltung der breiten Masse des Volkes nicht unbachtet bleiben.

Im „Vorwärts“ vom 12. Februar ist zu lesen: Immer wieder kann man die Behauptung hören, daß die hohen Löhne schuld seien an der Teuerung. Jeder Arbeiter weiß natürlich, daß die Teuerung zu nächst vorhanden war und daß er versuchen mußte, durch erhöhte Löhne seine Lebensmöglichkeiten zu verbessern. Eine einfache Untersuchung der Preissteigerung der wichtigsten Nahrungsmittel zeigt, daß die Löhne bei weitem nicht in dem Verhältnis gestiegen sind wie die Preise für Nahrungsmittel und andere Verbrauchsgüter.

Table with 4 columns: Item, 1913 Price, 1922 Price, Increase. Items include eggs, butter, flour, etc.

Danach haben also die Kartoffeln, die man stets als das Nahrungsmittel des kleinen Mannes gepriesen hat, die geradezu märchenhaft anmutende Preissteigerung um das Hundertfache erfahren. Man stelle sich vor, zu welchen Verhältnissen wir gekommen wären, wenn die gleiche Steigerung überall stattgefunden hätte. Das Salz ist dagegen noch am geringsten verteuert worden. Bei der Schieberlogik, die heute herrscht, muß man allerdings fürchten, daß eine solche Feststellung nur noch dazu beiträgt, diesen „Mangel“ auszugleichen, denn man vergesse nicht, daß wir in einer Zeit leben, in der der Käufer die Ware sucht und daß er dadurch der schamlosesten Ausplünderung überantwortet ist, die durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft vollendet wurde und die auch kein Uebervornisch verhindern kann.

Ersetzen wir in bezug auf die Lebensmittel eine durchsichtige Steigerung um das Bierminderheitsfache, so beträgt die Verteuerung der Kleinkost und Wäsche das Dreißig- bis Fünfzigfache. Für Beleuchtung und Heizung schwankt die Steigerung zwischen dem Dreißig- und Vierzigfachen.

Aus einer uns nicht bekannten Quelle: Anschaulicher als der schönste Zeitungsaussatz in Fettdruck beweist folgende Gegenüberstellung, wie riesengroß die Geldentwertung vorgeschritten ist. Man kaufe für:

Table comparing prices in 1914 and 1921 for various goods like flour, butter, and meat.

Kunaberg. Am 27. Januar fand unsere Generalversammlung statt, welche leider der Zahl der Mitglieder entsprechend schwach besucht war. Grummigab in ausführlicher Weise den Jahresbericht und streifte besonders die wirtschaftliche Lage des Erzgebirges im verflorenen Jahr. Der Mitgliederbestand hat sich durch den besseren Geschäftsgang wieder gehoben. Durch die große Arbeitslosigkeit wurde die Geschäftsleitung sehr belastet. Sehr viel Klagen wegen unrechtmäßiger Entlassungen mußten geführt werden. Voll arbeitslos waren im Jahre 1921 insgesamt 594 männliche und 160 weibliche, Kurzarbeiter 820 männliche und 430 weibliche. Arbeitslosenunterstützung haben 1485 männliche und 250 weibliche Mitglieder bezogen, so daß man sagen kann, daß alle Mitglieder Unterstützung beziehen mußten. Besonders hart hat es die männlichen Kollegen getroffen, die im Jahre oft zwei- und dreimal arbeitslos waren. Auch die Lohnpolitik wurde erörtert, die allerdings bei den Kollegen keine Zufriedenheit erweckt hat, weil die Löhne der Gebtentwertung nicht Rechnung tragen, zumal durch die Arbeitslosigkeit die Kollegenschaft unserer Branche in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen sehr heruntergekommen ist und die immer weiter steigende Teuerung sich oft im Gebirge stärker auswirkt als in manchen Großstädten. Trotz des Reichstaries haben sich in Lohnfragen sehr viel Schwierigkeiten, besonders in der Kartonnagenindustrie, ergeben, welche in der Hauptsache in der Akkordarbeit zu finden ist und die Arbeitgeber den Mindestlohn als Höchstlohn ansehen. Die Betriebsräte haben bei diesen Schwierigkeiten beständige Auseinandersetzungen mit ihren Chefs gehabt, so daß es in einigen Betrieben mit der Arbeitsminderung jetzt erst stand. Durch Verhandlungen konnte das Zeuherste vermieden werden. In der anschließenden Aussprache wurden Vorstellungen an der Tätigkeit der Geschäftsleitung und Ortsverwaltung nicht gemacht.

Bielefeld. In der Generalversammlung vom 3. Februar erstattete der Vorsitzende den Bericht über die Tätigkeit im verflorenen Jahr. Zunächst gedachte er des Ablebens der Kollegin Frau Dora Carnin, welche lange Jahre für die Organisation tätig gewesen war. Aus dem Bericht war zu erleben, daß eine ungeborene Kleinarbeit geleistet werden mußte, um allen Anforderungen, die an die Ortsverwaltung gestellt wurden, nachzukommen. Die Beschäftigung war in allen Branchen eine gute, mußte doch am Jahresende in einigen Betrieben mit Ueberstunden gearbeitet werden. Ein langer Kampf um die Industriezulage ist zu Ende geführt worden, allerdings verlohnen jetzt die Arbeitgeber, diese wieder abzubauen, was zum Teil schon gelungen ist. Das riesdiana in der Versammlung stürmischen Unwillen hervor. Die Buchbinderarbeiterschaft wird sich zu wehren wissen, ist doch Bielefeld eine der leuersten Städte. Daß dieses von der Regierung anerkannt wird, beweist wohl die Befreiung der Beamten von Ortsklasse C nach B. In den Papierfabriken mochten sich eine ganze Reihe von Verhandlungen nötig, welche alle zum guten Abschluß geführt wurden; leider wird hier viel über Papiermangel geklagt.

Eine große Arbeit verursachen die zur Johannisfeier gehörenden Orte, besonders Herford. Hier könnte sich die Kollegenschaft einmal aufraffen und selbst mehr Initiative zeigen. Erfreulich ist von der Lehrlingsabteilung zu berichten; außer zwei Ausflügen fanden eine ganze Reihe Vorträge sowie ein praktischer Lehrgang in der Buchbinderer Volksschule statt. Eine Weihnachtsfeier bewies, daß ein guter Geist in der Jugendabteilung vorhanden ist.

Aus dem Kassenbericht des Kollegen Herat ist zu ersehen, daß auch in den Kassenverhältnissen ein guter Fortschritt gemacht wurde. Die Kassenkasse hatte einen Bestand von 17.269,86 M. Mitglieder sind 243 männliche und 827 weibliche vorhanden. Die Vorstandswahl ergab mit zwei Ausnahmen, welche freiwillig zurücktraten, die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Insbesondere wurde noch auf den Verbandstag hingewiesen und gebeten, etwaige Anträge schon jetzt der Ortsverwaltung mitzuteilen. Eine am 5. März stattfindende Konferenz wird sich noch eingehend mit dem Verbandstag beschäftigen.

Chemnitz. Am 1. Februar fand unsere recht gut besuchte Generalversammlung statt. Der Jahres- und Geschäftsbericht lag im Druck vor. Die näheren Umstände dazu gab Biering, der zu tätiger Mitarbeit ernannte. Den Kassenbericht trug Legler vor. Die Neuwahlen vollzogen sich im Sinne der Vorschläge des alten Vorstandes und der Vertrauensleute. Die Brandenkommision der Kartonnagen wurde auf Antrag um zwei Kollegen verstärkt. Biering gab weiter den Bericht über die letzten Tarifverhandlungen.

Dresden. Jahreshauptversammlung am 24. Januar. Nachdem Lange der im Vorjahr verstorbenen Mitglieder gedacht hat, erstattet er den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl hat sich von 5721 auf 7528 erhöht, davon 6542 weibliche. Trotzdem wir insgesamt 3619 Zugänge zu verzeichnen hatten, konnten wir leider nur die Hälfte davon erhalten. Der Jugend war eine Reihe besonderer Veranstaltungen gewidmet. Im laufenden Jahre soll diese Arbeit planmäßig fortgeführt werden.

Obwohl die Hauptberufe reichstärklich geregelt sind, verblieb uns drücklich eine große Anzahl Differenzen mit den Unternehmern auszugleichen, was die Arbeitskraft der Beteiligten aufs äußerste anspannte. Hervorgehoben seien Lohnhöhen mit den Firmen Kreuzburg, Boguslawitz, Döring, Ernst Maier, Rehfeld u. Sohn, Lezat usw. Andere Verstöße gegen die Tarife, ungediehrte Entlassung und Ähnliches, vor allem auch die Ausbeutung von Lehrlinginnen, erforderten vielfach unser Einschreiten. Eine besondere Versammlung der Eltern von Lehrlinginnen hatte leider nicht den gewünschten Erfolg, da die Eltern im entscheidenden Moment Angst vor ihrer eigenen Courage bekamen. Gegen die gesamte Buchbinderinnung mußte Schiedsgerichtsstufe angestrengt werden, um dem Reichstaref Geltung zu verschaffen. Dasselbe mußten wir mit einer großen Anzahl einzelner Betriebe der verschiedenen Branchen tun, so unter vielen die Firmen: Rehfeld u. Sohn, Kodel, Sonnabend, Brose, E. Maier, Demeter, G. Hoffmann, H. L. Schulze, im allgemeinen mit gutem Erfolg.

Was den Versammlungsbesuch anbelangt, so waren in der Regel die Veranstaltungen, in denen die Lohnfrage auf der Tagesordnung stand, sehr gut besucht, ja überfüllt. Redner erwähnt die Mitgliedschaft, dieses Interesse auch den übrigen Aufgaben des Verbandes entgegenzubringen. Neben einigen Vertretungen blieben uns nicht erspart. Neben einigen Vertretungen blieben uns nicht erspart. Neben einigen Vertretungen blieben uns nicht erspart. Neben einigen Vertretungen blieben uns nicht erspart.

Für die Zigarettenbranche wurde ein neuer Manteltarif abgeschlossen. Die Rennegehung der Akkordpreise war jedoch schon gleich nach Abschluß wieder überholt, so daß sofort wieder Änderungen notwendig waren. Die Streikfrage der Ausschichtung kam endlich zu einem Abschluß, der uns aber leider nicht die rechte Befriedigung gewährt. In den Steinbrüderereien war es die Frage der Arbeitszeit und der Arbeitsordnung, die die Kollegenschaft in fortwährender Spannung hielt.

Das Betriebsrätewesen läßt in vielen Betrieben noch zu wünschen übrig. Gegenüber den Hausarbeitern werden die tariflichen Abmachungen noch in vielen Fällen umgangen, selbst in Zigarettenbetrieben, so besonders bei Malzmann. Leider kümmern sich die Hausarbeitern zu wenig um ihre Rechte, da bieten sich oftmals noch billiger an. Die Schmutzkonturrenz der Gefängnisarbeit veranlaßte uns zu einem halben Duzend Vorträgen, darunter zweimal im Ministerium des Innern. Hier in Dresden kommt besonders die Tütenfabrik Heinf u. Co. in Frage. Bei der Buchbinderinnung bemühten wir uns um eine bessere Entlohnung der Lehrlinge. Charakteristisch ist der Standpunkt der Innungsmeister, die nicht nur nicht mehr geben wollen, sondern erklären, daß die Lehrlinge noch etwas müßigen sollen. Bei der vorstimmlichen Entschädigung von 5 M. im ersten bis 20 M. in 4. Lehrjahr ist es kein Wunder, wenn sich die Herren über Mangel an Lehrlingen beklagen. In einigen Fällen kamen Beschwerden, daß Männerarbeit durch Frauen hergestellt wurde bzw. herzustellen werden sollte. Die Ueberstundenverordnung des Arbeitsministeriums wird in zahlreichen Fällen nicht umgangen bzw. falsch gehandhabt. Die Kollegenschaft muß im eigenen Interesse sich um eine präzise Durchführung kümmern. Seit März ist unser Arbeitsnachweis als Fachabteilung dem Zentralarbeitsnachweis angegliedert.

Der Kassierer Kobi erstattet einen detaillierten Kassenbericht. Die gesamte Einnahme beträgt demnach 203.542,90 M., die Ausgabe 180.841,79 M. Desgleichen gab er einen Bericht über die Kassenkasse, die sich wohl erfreulich gehoben hat, aber gegenüber der Geldentwertung doch noch als unzureichend bezeichnet werden muß.

Da eine Debatte nicht begehrt wurde, nahm man die Festsetzung der in den Branchenversammlungen vorgenommenen Wahlen zur Ortsverwaltung usw. vor. Eine lebhaftere Diskussion erweiterte sich beim nächsten Punkt: Anträge zum Verbandstag. Seitens

der Kolleginnen Matijka, Marg. Lehmann, sowie der Kollegen Wenzler, Wiegmann und Dieze lagen eine Anzahl Anträge vor, die von den Antragstellern begründet und fast sämtlich einstimmig angenommen wurden. Die Anträge behandeln die Schädlichkeit der Akkorarbeit und der Überstunden; das Eintrittsgeld; Beitragsregelung nach Stundenlohn; Befreiung der Kranken- und Umzugsunterstützung; Vorstoß im Beirat; Stellungnahme gegen die geplante Arbeitslosenversicherung; Einberufung eines Betriebsrätekongresses. Ferner beschloß die Versammlung ein Antrag der Kartonnagenbranche betr. Einführung von Betriebsrevisoren und ein Antrag der Kollegin Lehmann betr. Versammlungs- und Wahlkontrolle. Beide Anträge wurden angenommen und der Ortsverwaltung zur Durchführung überwiesen.

Die Vergütungskommission und der Bildungsausschuß wurden neu gewählt. Der Vorsitzende des letzteren soll sich und Stimme im Vorstand haben.

Dortmund. Unsere am 10. Februar stattgefundene Generalversammlung stand im Zeichen der Neuwahlen des Gesamtvorstandes und erlebte sich eines äußerst zahlreichen Besuches. Als ganz besonders erfreuliche Tatsache haben wir zu verzeichnen, daß die fürstlich organisierten Kolleginnen der Tüten- und Beutelindustrie sowie der Kartonnagenbranche unserer Organisation ein so lebhaftes Interesse entgegenbringen. Sperling gab zunächst einen eingehenden Geschäftsbericht. Der Mitgliederbestand ist auf 104 männliche und 373 weibliche gestiegen, so daß wir ein Mehr von 9 männlichen und 146 weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen haben. Redner streifte unsere tariflichen Errungenschaften des vergangenen Jahres, ging näher auf die Kontobucharbeiter-Konferenz in Leipzig ein, erinnerte an die letzte Bezirkskonferenz in Gelsenkirchen und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß sich die Kolleginnen der Tüten- und Beutelindustrie sowie der Kartonnagenbranche unserer Organisation angeschlossen haben. Dann unterbreitete Sperling der Versammlung die neuen Lohnsätze des APl-Abkommens und übte scharfe Kritik an dem Abbau der Industriezulage. Im gleichen Sinn sprachen sich auch die Diskussionsredner aus. Dann gab Sperling den Abschluß des Kartonnagertarifbeschlusses bekannt und erläuterte an der Hand von Beispielen die neuen Zulagen. Er erwähnte die Kolleginnen, nun ihrerseits dazu beizutragen, daß die neuen Sätze auch verwirklicht würden und ersuchte, geschlossen hinter der Organisation zu stehen. Hierauf fanden die Neuwahlen statt. Sperling wurde einstimmig zum ersten Vorsitzenden wiedergewählt, zum zweiten Stempel, zu Schriftführern Reh und Knapp, zum Kassierer Dütte, als Beisitzer Element und Zimmermann, als Kartellbelegierte Rütke, Heine und Bollom, als Revisoren Westermann und Tred gewählt. Nachdem nun Sperling auf die demnächst stattfindenden Betriebsratwahlen und auf deren Wichtigkeit aufmerksam gemacht hatte, schloß die sehr eindrucksvolle Versammlung.

Düsseldorf. Am 28. Januar fand unsere Generalversammlung statt. In einem kurzen Ueberblick konnte mitgeteilt werden, daß das verfloßene Jahr ein sehr arbeitsreiches war. Insbesondere wurde Wert darauf gelegt, daß die jeweiligen Lohnverhältnisse am Orte möglichst den jeweiligen Löhnen im Buchdruckgewerbe angepaßt wurden. Wenn dies aus des öfteren auf Schwierigkeiten stieß, so ließ die Ortsverwaltung kein Mittel unversucht, bis das Ziel erreicht war; im Oktober mußte durch einen Streik der nötige Nachdruck gegeben werden. Auch der Durchführung des Reichslohntarifs für die Kartonnagenbetriebe wurden von den Unternehmern die größten Schwierigkeiten entgegengesetzt. Aber auch hier konnte, wenn auch durch verschärfte Maßnahmen, der Kollegenschaft zu ihrem Recht verholfen werden. Das Organisationsverhältnis kann als ein recht gutes bezeichnet werden, da hier am Orte, besonders in den Buchbinderbetrieben, alles reiflos organisiert ist. Das Versammlungsleben ist leider nicht das, was die Ortsverwaltung von ihren Mitgliedern verlangen muß. Wenn auch das Bestreben dahin ging, die Versammlungen durch belehrende Vorträge interessant zu gestalten, so scheiterte dies jedoch immer an dem zu schwachen Besuch. Wir hoffen, daß dies in Zukunft besser wird. Das Zusammenarbeiten des Graphischen Kartells sowie der Betriebsräte war ein recht gutes, ganz besonders wurde Wert gelegt auf Zusammenschluß und Bildung der Jugend im graphischen Gewerbe. Wenn auch hier manche Schwierigkeiten zu überwinden waren, dann kam man doch einen Schritt weiter. Unsere Kassenverhältnisse sind recht gut. Dank dem Weitblick einzelner Kollegen wurden schon vor längerer Zeit angemessene Lokalzuschläge zum Verbandsbeitrag erhoben, wodurch die Ortsverwaltung in die Lage versetzt wurde, bei außerordentlichen wirtschaftlichen Verhältnissen angemessene Lokalunterstützungen auszahlen zu können. Um dem Kassierer sowie den Unterkassierern und dem Vorstand die Arbeiten zu erleichtern, aber auch, um es den Mitgliedern zu ermöglichen, besser als bisher mit dem

Vorstande zu arbeiten, wurde beschlossen, ein Verbandsbureau zu errichten, was bereits geschehen ist. Die Vorstandswahl ergab: 1. Vorsitzender Rothe; 2. Vorsitzender Müller; 1. Kassierer Berger; 2. Kassierer Oster; Schriftführer Kronenberg und Ernst, Beisitzer Singer, Broich, Huch und die Kollegin Kobs.

Heilbronn. Unsere Jahreshilfe hielt am 18. Februar ihre Hauptversammlung ab, welche gut besucht war. Kleintnecht gab den Geschäfts- und Kassenbericht. Viermal ist es gelungen, mit Hilfe des Verbandes zentrale Lohnaufbesserungen durchzuführen und durch gegenseitiges Verhandeln den Arbeitsfrieden zu wahren. Jede Verhandlung wurde zähe und mit Hartnäckigkeit geführt. Wer bürgt dafür, daß unter diesen Umständen nicht einmal der Zustand eintritt, daß eine friedliche Regelung nicht mehr möglich erscheint? Wir wünschen das sicher nicht, haben aber damit zu rechnen und müssen daher stets gerüstet sein für den Kampf. Die Lohnabkommen haben nicht immer befriedigt. Der Kampf um die dritte Ortsklasse ist für Heilbronn noch nicht erledigt. Wenn wir auch durch örtliches Vorgehen im Oktober einen Ausgleich der Spannung zwischen Ortsklassen 3 und 4 erhalten haben, so gehört Heilbronn zu Recht in Ortsklasse 3. In Vertrauensmännerfragen und Mitgliederparlamenten wurden alle Organisations- und Gewerkschaftsfragen besprochen. Der Mitgliederstand ist 1107. Der Kassenbericht zeigte für die Verbandskasse an Einnahmen 118 358,12 M., an Ausgaben 108 357,13 M., abgeführt an die Hauptkasse 76 000 M. Die Lokalkasse hat einen Kassenbestand von 14 585,02 M., angelegt im Spar- und Konsumverein, Banarbeitergemeinschaft, Verein der Naturfreunde und Gewerbebank. Die Berichte wurden mit Beifall und Beifriedigung aufgenommen und Kleintnecht schloß, daß nur gestützt auf eine freundliche Mitarbeit unserer Funktionäre und Mitglieder unser Arbeiten den gewünschten Erfolg haben kann. Nicht das blinde Wüten, sondern das aufbauende Streben bringt uns vorwärts.

Die Aussprache ergab, daß man mit der Tätigkeit der Verwaltung zufrieden war, das neue Lohnabkommen vom 29. Januar aber könne bei den immer mehr steigenden Preisen nicht befriedigen. Der Besuch der Mitgliederparlamenten bei Vorträgen sollte ein besserer sein. In keinem Schlusswort betonte Kleintnecht, daß die Vertreter des Arbeitgeberverbandes die Zulage machten, in eine Ueberprüfung der Lage einzutreten auch während des Laufens des Lohnabkommens, sobald die Entwicklung und die Auswirkung der neuen Leuerungsstelle dies notwendig mache. Wir waren uns klar, daß das Jahr 1921 uns nichts Besseres bringen konnte. Jedes unserer Mitglieder muß sich sagen, nur allein auf dich kommt es an. Wir müssen aber auch Vertrauen haben zu unseren Verbandsführern und dem Tarifausschuß, denn nur gestützt auf das Vertrauen unserer Mitglieder vermögen diese mit Erfolg zu arbeiten. Deshalb Vertrauen gegen Vertrauen.

Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab, daß die alte Verwaltung bis auf zwei, welche schon im Berichtsjahr ausgeschieden sind, das Vertrauen wieder erhielt, und zwar die Kollegen Siegler, Hofmann, Schwarz, Kleintnecht, Grün, Glöckel, Diem, Reiner, Glatzbad, Reinhardt, Erzinger, Grupp und Rothmann. In den Ortsauschuß wurden Kleintnecht, Glöckel, Grün und Baum, in das Graphische Kartell Reiner und Kleintnecht gewählt, für unsere Lehrlingsabteilung Schopf.

Immenau. Am 20. Februar fand eine dichtbesetzte Versammlung der Immenauer Euis- und Kartonnagenarbeiterschaft statt. Der Vorsitzende Wimmer bezeichnete als das wichtigste des Abends den Bericht unseres Gauleiters Wachner von unseren letzten Lohnverhandlungen. Wachner bemerkte, daß, nachdem in der „Buchbinder-Zeitung“ ein ausführlicher Bericht über die Verhandlungen und sein Ergebnis gebracht worden ist, jeder sich ein Bild machen kann. Er besprach ausführlich alle die Umstände, die bei Lohnverhandlungen eine Rolle spielen. Man soll in der Beurteilung von Lohnbewegungen nicht nur von den örtlichen Verhältnissen ausgehen, sondern von den großen allgemeinen Gesichtspunkten. Wenn der Tarifausschuß die Wünsche, die man wiederholt geäußert in bezug auf die Erhöhung der Löhne, nicht erfüllt sieht, dann ist eben nicht der Tarifausschuß daran schuld, sondern ein großer Teil der Arbeitgeber, die sich mit aller Macht gegen die kleinsten Lohnerhöhungen wenden. Die Ausführungen wurden mit eifrigem Schweigen von den Versammelten aufgenommen. Wachner setzte eine in diesem Maße selbst für Immenau nicht gekannte Distinktion ein. Zahlreich meldeten sich die Kollegen zum Wort, gaben in schärfster Weise ihrem Unwillen Ausdruck über die geringen Lohnerhöhungen, mit denen kein Mensch auszukommen vermöchte. Von der Rebracht der Diskussionsredner wurde die Meinung geäußert, daß man ihnen unmöglich zumuten könnte, sich weiter auf reichstarifliche Verhandlungen zu verlassen, wenn ihnen diese eine solche Enttäuschung brächten. Man müßte sich wegen

neuer Verhandlungen nicht nur sofort an Tarifausschuß und Verbandsvorstand wenden, sondern auch an die Arbeitgeber. Die Redner wandten sich mit aller Schärfe gegen die geringen Lohnerhöhungen. Die Zulagen sind nichts gegenüber den heutigen Brotpreisen und den in den letzten Tagen in jedem einzelnen Falle gestiegenen Ausgaben im Haushalte. Um dem immer größer werdenden Elend entgegenzuwirken, müßten die Kollegen in den Betrieben sofort vorstellig werden. Man könne den Versammelten nicht zumuten, auf weitere Erhöhungen der Löhne lange zu warten. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme.

Café. Die Generalversammlung vom 6. Februar war überaus zahlreich besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Ableben unserer Mitglieder Minna Dymnach und Karl Reichle in der üblichen Weise. Der Geschäftsbericht zeigte ein Bild reicher gewerkschaftlicher Tätigkeit. Die Ortsverwaltung, Vertrauensleute und Betriebsräte hatten eine angestrenzte Tätigkeit zu entfalten, die nicht ohne Erfolg blieb. Viel Arbeit brachten die fortgesetzten Verhandlungen der beiden Reichslohntarife mit sich. Daneben galt es, die gewerkschaftliche Schulung der Mitglieder nicht zu vernachlässigen. Der Kassenbericht zeigt ein Bild erfreulicher Aufwärtsbewegung. Bestand der Lokalkasse am Jahresschluß 23 862,06 M. Die Neuwahl der Ortsverwaltung zeitigte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Schmitt; 2. Vorsitzender Mangold; Schriftführer Bauer; Beisitzer Wehger, Bohrer, Elise Schuffete, Tina Armbruster und Ambros. Hierauf referierte Dürr über die Verhandlungen, die mit den Arbeitgeberverbänden geführt wurden. Als er auf die Verhandlungen mit dem Verband der Euis- und Kartonnagenfabrikanten (Abdel) zu sprechen kam, machte sich zeitweise eine bemerkbare Unruhe geltend, die sich noch steigerte, als die neuen Tarifhöhen bekannt wurden. Die Kollegenschaft hatte allgemein erwartet, daß das Lohnabkommen besser ausfallen würde, um endlich einmal den großen Unterschied auszugleichen, der uns von einer Reihe anderer Berufe, besonders aber auch von den verwandten graphischen Berufen noch trennt. Der Unwille kam auch dann in der Debatte lebhaft zum Ausdruck. Von allen Rednern wurde wohl die Tätigkeit unseres Tarifausschusses anerkannt, allein die Stellung der Arbeitgeber wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Die Vertrauensleute und Betriebsräte hatten ihre Stellung in einer Resolution der Generalversammlung unterbreitet, die sofortige neue Verhandlungen verlangte. Diese Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Leipzig. In der Versammlung vom 6. Februar gab Heßke den Bericht über die abgeschlossenen Lohnverhandlungen. Redner konnte sich infolge der ausführlichen Berichterstattung der „Buchbinder-Zeitung“ längere Ausführungen erlauben. Er ging nur auf die markanten Sachen ein, weil von unseren Vertretern wie bei früheren so auch bei der jetzigen Verhandlung alles das gesagt worden ist, um die Unternehmer zu bewegen, unsere Forderungen zu bewilligen. Einen besonders harten Kampf zeitigten die Verhandlungen mit dem VDB über die Akkorzuschläge. Man wollte nur mit 10 Prozent die Akkorarbeiter abspelsen. Die Unternehmer mußten sich aber eines anderen beharren lassen und 25 Proz. bewilligen. Die hierzu vorgenommene Lohnstatistik habe ergeben, daß 80 Proz. über das Soll verdienen, während 20 Proz. darunter bleiben. Dabei kommt der Redner auf das Zustandekommen der Statistik zu sprechen und ruft die Versammelten als Zeugen auf, ihm zu bestätigen, daß die hiesige Zeitung keine Parole herausgegeben habe, um bei Aufnahme von Lohnstatistiken in der Arbeit zu bremsen. Redner betont das deshalb, weil diese Befürchtung die Unternehmer ausgesprochen haben. In der Diskussion gaben die Versammelten ihrem Unwillen Ausdruck. Einige Redner, vor allem Akkorarbeiter, erklärten das Abkommen für unannehmbar und wiesen an Hand ihres Verdienstes nach, daß sie bei 25 Proz. Aufbesserung nur 30-40 M. erhalten würden. Dadurch wäre ihnen die Möglichkeit genommen, noch auf Akkor zu arbeiten. Ein Antrag der Akkorarbeiter, die festen Zuschläge solange zu gewähren, bis die sofort aufzunehmenden Verhandlungen ein besseres Ergebnis bringen und falls dies nicht erreicht würde, die Akkorarbeit zu verweigern, wurde der Versammlung vorgelegt. Ein anderer Kollege vermißte jedes soziale Erg. finden. Einige Kolleginnen äußern sich dahingehend, daß es gar nicht mehr möglich sei auszukommen. Dazu kommt noch der Gesundheitszustand, der es ihnen fast unmöglich macht, noch mehr zu leisten als bisher. Gerade die Kolleginnen werden besonders schlecht entlohnt. Im Schlusswort gab Kollege Heßke auf die Ausführungen ein und betont dabei, daß das Abkommen ja nur ein kurzfristiges sei. Wenn die enormen Preissteigerungen so weitergehen, müßten sehr bald neue Verhandlungen stattfinden. Dem eingebrachten Antrag könne er nicht zustimmen, und zwar infolge der daraus entstehenden Konsequenzen. Das

Lohnabkommen ist als Ganzes gezeichnet und man könne nicht das eine nehmen und das andere ablehnen. Der Antrag wurde nach mehrmaliger Abstimmung abgelehnt.

Ceipzig. Am 7. Februar waren die Mitglieder der C r i e s - und S t a r t o n n a g e n b r a n c h e versammelt. Adler gab den Jahresbericht der Branchenkommission. Er streifte die einzelnen Phasen der im vergangenen Jahre erfolgten Lohnabstufung mit den dazwischenliegenden örtlichen Bewegungen. Wenn es auch im Laufe des Jahres nicht zu größeren Arbeitsveränderungen am Orte gekommen ist, dann muß dazu gesagt werden, daß der Bogen seitens der Arbeitgeber so straff nicht wieder gespannt werden darf. Die Lohntreue ist unter großen Opfern der Arbeiterschaft gewahrt worden. Durch die vorher vollständig unzulänglichen Zugeständnisse kommt auch das letzte Lohnabkommen des Jahres nicht so zur Geltung, daß damit zu bestehen wäre. Die Agitationsstätigkeit der Kommission war reger und erfolgreicher. In der Lehrlingsfrage wurde in der Arbeiterpresse den Eltern der Weg gewiesen. Die Arbeitsordnung ist für die Branche mit der Organisation und der Betriebsverteilung in Uebereinstimmung mit den Arbeitgebern zum Abschluß gelangt und kann zur Einführung der Kollegenchaft empfohlen werden.

In der Aussprache betonte Hesse, daß die Mitglieder seit der streifenden Zusammenkunft erfreulicherweise dem Verband die Treue bewahrt haben, es müsse aber in den Reihen der Branchenangehörigen noch mehr als bisher mitgearbeitet werden. Es dürfe nicht dazu kommen, daß mit den Kräften der Angelegten Raubbau getrieben würde. In die Branchenkommission wurde die Kollegin Bräutigam und die Kollegen Windisch, Taubert, Beter, Miesch, Schindler, Größ, Kluge, Adler, letzterer als Obmann, Hesse und Wendland als Ersatzleute gewählt. Dem Vorschlag des Kollegen Hesse wurde zugestimmt, aus der Branchenkommission die Belegung des Schiedsgerichts vorzunehmen. Hierauf gab Hesse den Bericht über das Lohnabkommen vom 31. Januar 1922. Wurde schon während des Berichtes die Kollegenchaft erregt, weil es zu Abzügen gekommen ist, welche erkennen lassen, daß damit der Leuerung nicht Rechnung gehalten ist, verlangten in der Diskussion die Kollegen erneute Lohnverhandlungen aufzunehmen. Um die Arbeitgeber im Graphischen Gewerbe zu zwingen, der Arbeiterschaft endlich das zu zahlen, was sie zum Leben braucht, wurde verlangt, alles zu versuchen, den Industrieverband zu fördern.

Ceipzig. In der am 8. Februar für die in der B r i e f u n d S t a m p f a b r i k b e s c h ä f t i g t e n A r b e i t e r n e r h a l t e n e n V e r s a m m l u n g e r e s t a t t e t e H e s s e Bericht über die am 28. und 29. Januar in Weimar stattgefundenen Lohnverhandlungen. In der Diskussion wurde das unsoziale Verhalten der Unternehmer scharf kritisiert und zum Ausdruck gebracht, daß die gegenwärtigen Löhne nicht ausreichen, um ein menschenwürdiges Dasein fristen zu können. Ein Antrag verlangt, daß sofort wieder mit den Unternehmern zusammengetreten werden müsse, um die unzulänglichen Zulagen zu erhöhen. Ganz besonders aber wurde betont, daß die bisher gezahlten festen Zulagen für Affordarbeitnehmer auch für die Folge als feste Zulagen zu zahlen seien. Hierauf erfolgte die Wahl der Branchenkommission. Gewählt wurde Runge als Obmann, Wuttke, Steinbach, Kollegin Braun, Hoppe, Schneider sowie Weiser als Ersatzmann.

Lübeck. Die am 2. Februar stattgefundene Generalversammlung hatte, wie auch andere im letzten Jahre, einen schwachen Besuch. Es ist ein trauriges Zeichen, wenn man besonders an solchen wichtigen Tagen die Beobachtung machen muß, wie wenig Interesse die Kollegen und insbesondere die Kolleginnen dem Berufsleben entgegenbringen. Die Abrechnung und der Jahresbericht wurden nach kurzer Debatte aufgeteilt. Nachdem erfolgte die Neuwahl der Zahlstellenleitung. Der Vorstand gab noch bekannt, daß der Gantag des Gau es Hanfa in diesem Jahr in Lübeck am 1. Osterfest stattfinden. Ein gewählter Ausschuß wurde mit den Vorarbeiten dazu beauftragt.

Gau Magdeburg. Am 19. Februar fand eine Zahlstellenkonferenz des Gau es in M a g d e b u r g statt, um Stellung zum Verbandstag zu nehmen. Durch die ruhigen und sachlichen Ausführungen sowie das Interesse zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung darf man vom „Gau Magdeburg“ behaupten, daß derselbe sich auf dem richtigen Wege befindet, um vorwärts zu kommen. Vertreter waren mit Ausnahme von Neuruppin sämtliche Zahlstellen. V. d. Reich erstattete den Bericht des Gauvorstandes. Er streift hierbei die Beschlüsse des letzten Gantages und stellt fest, daß die meisten derselben zur Durchführung gelangt sind. Besonders hervorzuheben ist die Bildung des Bezirksarbitrarschiedsgerichts. Durch die Anstellung des Kollegen Schneider ist es nunmehr möglich, mehr als bisher den gerechten Wünschen der einzelnen Zahlstellen nachzukommen. Leider gibt es auch im Gau noch Betriebe, die von unserer Organi-

sation nicht erfasst sind, so daß es noch mancher Arbeit bedarf, um diesen dort beschäftigten Arbeitern zu zeigen, daß nur der Zusammenschluß in der Organisation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen mit sich bringt. Einen guten Beweis hierfür lieferte in der letzten Zeit Achserleben. Dort ist es nach jahrelangen Bemühungen gelungen, zu einem Abschluß zu kommen, welcher Reichstafelöhne garantiert. Dieser Kampf wird seine Auswirkung auch auf andere Betriebe haben. Die Beschäftigung im Gau ist bis auf Lindenwalde (dort wird wegen Pappmangels verstärkt gearbeitet) eine gute zu nennen.

In der Aussprache betont Schwarz-Bittenberg, daß er nicht mit der Abhaltung dieser Konferenz einverstanden sei, da laut Beschluß ein Gantag stattfinden müsse, um einer größeren Anzahl von Kollegen Gelegenheit zu geben, sich mit den Beratungen des Gau es vertraut zu machen.

Hierauf folgten die Berichte der einzelnen Zahlstellendelegierten, aus denen hervorgeht, daß die Beschäftigung eine gute ist, die Bezahlung aber weit hinter dem unbedingt Notwendigsten zurückbleibt. Die reichsstarifliche Regelung wurde ausgearbeitet, da dieselbe für die Provinz immerhin Vorteile aufzuweisen hat. Sonnemann-Ludenwalde und Hote-Bittenberg fordern bessere Schulung der Betriebsräte. Diese dürfen sich nicht mit dem Einkauf von Lebensmitteln und dergleichen befassen, sondern ihre Aufgaben auf anderem Gebiet suchen. Dem Materialmangel müsse abgeholfen werden durch Verordnungen, die sich gegen die Schieberei der Papier- und Pappfabrikanten in das Ausland wenden. Schreiber-Magdeburg gibt den Kassenbericht und stellt fest, daß durch die niedrigen Gaubeiträge der Gau nicht in der Lage war, einen Gantag einzuberufen. Ein Antrag von Schwarz-Bittenberg, welcher die Beiträge für den Gau auf 1 Mk. für männliche und 50 Pf. für weibliche Mitglieder pro Quartal festsetzt, wurde einstimmig angenommen. Zum Punkt 4 der Tagesordnung hatten die Zahlstellen ihre Anträge der Konferenz unterbreitet, um nach Sichtung und Durchberatung derselben diese als Anträge dem Verbandstage zu überweisen. Es ist hiermit schon eine gute Vorarbeit geleistet worden. Anträge zum Manteltarif und zur Ortsklasseneinteilung für den Api-Tarif sollen in den einzelnen Zahlstellen durchberaten und der Gauverwaltung übermittelt werden.

Sodann wurde beschloffen, den nächsten Gantag in Halberstadt abzuhalten. Schwarz bemängelt, daß unser Verbandsorgan uns jetzt in stark verkürzter Form vorgelegt wird. Besonders die Doppelseite 7.8 beweist, daß diese Form und Ausstattung unhaltbar ist. V. d. Reich weist demgegenüber auf die überaus hohen Kosten für die Drucklegung, Versand usw. hin. Nach Erledigung einiger Angelegenheiten weist v. d. Reich im Schlußwort auf die Wichtigkeit des Verbandstages hin und ersucht die zu wählenden Delegierten, nimmere auch für die vom Gau gestellten Anträge einzutreten.

Osnabrück. In der am 10. Februar stattgefundenen Generalversammlung erstattete Springub einen kurzen Rückblick über das vergangene Jahr. Er mußte leider feststellen, daß viele Kollegen ein recht mangelhaftes Interesse an den Tagesfragen durch schlechten Versammlungsbesuch zum Ausdruck brachten. Sämtliche Lohnverhandlungen wurden ohne Zwischenfälle durchgeführt. Außer zwei Mitgliedern, welche nach dem Reichstafel bezahlt werden, werden sämtliche Mitglieder nach dem Druckerarif entlohnt. Der Mitgliederbestand bewegte sich stets in den gleichen Bahnen. Arbeitslose und Arbeitsverrückungen kamen nicht vor. Einige Betriebe arbeiteten mit Hochdruck. Sehr gerügt wurde das Verhalten von drei Mitgliedern der Firma Strefing und Runge, welche nach zweijähriger Mitgliedschaft ihren Austritt aus dem Verbandsorgan erklärten. Einen stichhaltigen Grund konnten sie nicht vorbringen, wahrscheinlich liegt es an der Erhöhung der Beiträge, zudem bekommen die Kollegen nach dem Druckerarif bezahlt. Stetig gab den Kassenbericht. Die Vorstandswahl ergab das selbe Bild wie bisher und wurde dem Verband das größte Vertrauen ausgesprochen. Mit dem hiesigen Ortsarbitrarschiedsgericht ist der Verband stets in enger Fühlung. In der Zahlstellenkonferenz nach Hannover wurde Springub entsandt. Die Versammlung wurde geschlossen mit dem Gelübnis, auch in diesem Jahre treu zum Verbandsorgane zu halten, zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft.

Pforzheim. Am 6. Februar fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Bed aus dem Bericht über die Reichstafelverhandlungen in Weimar. In der folgenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Arbeitgeber, speziell am hiesigen Platze, wenig für ihre Arbeiter übrig hätten. Gerade hier, wo 70 Prozent der Waren ins Ausland geliefert werden und die Prinzipale Riesengewinne erzielen, wäre es am Platze, den Arbeitern etwas mehr entgegenkommen zu zeigen. Die bewilligten Zulagen stehen in keinem Verhältnis zur bestehenden und noch kommenden Leuerung. Die Versammlung ersuchte die Verwaltung, beim Verbandsvorstand sofort Schritte zu unter-

nehmen, daß in nächster Zeit wieder Verhandlungen stattfinden, bei denen eine für die Arbeiter bessere Lohnverhöhung herauskommen müsse. Bei der gegenwärtigen Hochkonjunktur im Eisengewerbe könnten evtl. auch einmal schärfere Maßnahmen ergriffen werden.

Pforzheim. Am 20. Februar fand die diesjährige Generalversammlung statt. Bevor in der Tagesordnung eingetretet wurde, gedachte der Vorsitzende der im vergangenen Jahre verstorbenen Kollegen Schwarz und Mähler, deren Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde. Hierauf gab Mann den Geschäftsbericht und Rathfelder den Kassenbericht. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß das vergangene Jahr reich an Arbeit war, aber in Punkt Lohnverbesserungen durchaus nicht befriedigte. Die Leuerung sei ins Ungemessene gestiegen, doch die Arbeitgeber könnten sich zu einer befriedigenden Zulage nicht bequemen. Das sei ein Zeichen, daß die Arbeitgeber die Not der Arbeiter noch nicht erkannt hätten. Hoffentlich bringe das neue Geschäftsjahr Besserung. Dann wurde die alte Verwaltung einstimmig wiedergewählt. Ein Antrag der Verwaltung betr. Entschädigung der Funktionäre wurde einstimmig angenommen. Zum Verbandstag lagen von der Verwaltung zwei Anträge vor, die eine Neuordnung der Abrechnung und Neueinteilung in 3 Beitragsklassen verlangten. Hierauf ergriff Dietrich das Wort und gab bekannt, daß der 1. Vorsitzende Mann dieses Amt nun 25 Jahre ununterbrochen bekleide. In treffenden Worten legte er den Mitgliedern dar, welche Summe von Arbeit Kollege Mann in den 25 Jahren geleistet hat. Die Mitglieder sollten sich an ihrem 1. Vorsitzenden ein Beispiel nehmen und treu zum Verband halten. Nachdem noch Dietrich dem Kollegen Mann die Glückwünsche der Zahlstelle dargebracht hatte mit dem Wunsche, daß Kollege Mann noch lange die Geschäfte der Zahlstelle leiten möge, dankte Kollege Mann für die ehrenden Worte. Er gab anschließend ein Bild von der Entwicklung der Zahlstelle, die er im Jahre 1897 übernahm und die jetzt etwa 530 Mitglieder zählt. Mit der Ermahnung an die Mitglieder, treu zum Verband zu halten, schloß Mann mit einem Hoch auf den Verband die mehlig besuchte Versammlung.

Plauen. Am 4. Februar fand unsere Jahresversammlung statt. Die Versammelten nahmen die Berichte über das Graphische Kartell, die letzte Ortsauschussversammlung sowie des Kassierers und des Vorstandes entgegen. Erwähnenswert ist, daß bei einer Einnahme von circa 11000 Mk. über 7000 Mk. für Erwerbslosenunterstützung ausgekehrt wurden. Der Stand der Vorkasse ist 2778,21 Mk. Der fließende Stand der Mitgliederzahl war im 2. Quartal (308) zu verzeichnen, der höchste (340) im 4. Quartal. Reste waren so gut wie nicht vorhanden. Daher ein Lob den Unterkassierern, hoffentlich bleibts so. Gestorben sind die Kollegen Artur Grimm und Arno Reinhold sowie die Kolleginnen Küßling, Lubwig und Midel. Die Verstorbenen wurden in üblicher Weise geehrt. Das am Orte bestehende Bezirksamtsgericht mußte fünfmal tagen, um einigen Mitgliedern zu ihrem Loristlohn zu verhelfen. Mehrere tausend Mark sind dadurch den Kollegen zugute gekommen. Einige Kleinbetriebe im Kartonmagengewerbe wollten sich absetzen nicht daran gewöhnen, die Löhne nach dem Reichstafel zu zahlen. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit war in den ersten drei Quartalen an der Tagesordnung. Gestagt wurde auch über die große Zahl von Beihilgen. Festgestellt wurde, daß Meister, die noch nie Beihilgen hatten, jetzt bis zu drei, ja in einem Falle sogar vier und dabei keinen Gehilfen beschäftigen. Beschwerde wurde bei den zuständigen Behörden erfolglos geführt, erfolglos auch Grund der mittelalterlichen Gewerbeordnung. Ein Schiedsgericht für das Buchbindergewerbe war trotz aller Mühe nicht zustande zu bringen. Hauptschuld trug die kleine Anzahl von Betrieben und angelegliche Heberlastung der in Frage kommenden Unternehmer bis auf einen. Ein zweiter Versuch soll gemacht werden. Die Neuwahlen brachten keine großen Veränderungen. 1. Vorsitzender Wollner, 2. Mittelstadt, Kassierer Schaufel, 1. Schriftführer Eißler, 2. Mittelstadt, Beisitzer Dora Reichmann, Hallmeyer und Blei, Kassierern Keil und Rudolf, Delegierte für den Ortsauschuss Wollner, Liebia, Seifert, Lorenz und Dora Reichmann, für das Graphische Kartell Hallmeyer Lüdtke und Liebia, Schiedsgericht Wollner, Höfner, Blei, Lorenz, Otto Höfner und Reichhold. Als Unterkassierer gelten Weidold, Hallmeyer und Keil. Unter „Beihilgenes“ wurde sehr bewahrt, daß die Entlohnung weder der Leuerung noch den Löhnen in anderen Berufszweigen entspricht. Die Versammelten hoffen, daß das im kommenden Jahre nachgeholt werde, mag kommen, was kommen mag.

Stuttgart. Am 7. Februar fand eine gut besuchte Versammlung der Buchbinderbranche und am 8. Februar eine mittelmächtig besuchte Versammlung der Kartonnagenbranche statt. In beiden Versammlungen berichtete Hemminger über das Ergebnis der letzten Lohnverhandlungen in Weimar. Redner

Schilder eingehend den äußerst schwierigen Gang der Verhandlungen. Mehrfach habe es den Anschein gehabt, daß diese zum Scheitern kämen. Dem erzielten Ergebnis sei aber letzten Endes deshalb zugestimmt worden, weil nach übereinstimmender Meinung des Tarifausschusses die neuen Brotpreiserhöhungen und die damit unfehlbar verbundene Steigerung der Preise für alle andern Lebensmittel usw. einen Zustand schaffen würden, der auch den Prinzipalen zum Bewußtsein bringe, daß das Lohnabkommen nicht haltbar sei, so wünschenswert dies an und für sich wäre. Alle Diskussionsredner sprachen sich scharf gegen die neuen Lohnabkommen aus, die nicht im entferntesten der gegenwärtigen Lage der Kollegenschaft Rechnung tragen. Es müsse mit aller Schärfe gefordert werden, daß so rasch als möglich neue Verhandlungen angebahnt werden, und daß dann ein Lohn vereinbart würde, der den Bedürfnissen der Arbeiterschaft weit mehr entgegenkomme, als dies jetzt der Fall sei. Entsprechende Resolutionen wurden angenommen.

Troßingen. Am 29. Januar fand die Jahresgeneralversammlung statt. Der Besuch war kein guter, was vom Vorsitzenden lebhaft bedauert wurde. Huber-Winter gab den Geschäfts- und Kassenbericht. Die Beschäftigung im ersten Halbjahr war teilweise flau und mit verkürzter Arbeitszeit. Im zweiten Halbjahr zog der Geschäftsgang wieder an und wurden in verschiedenen Betrieben Mehrstunden gemacht. Die Teuerung auf dem Schwarzmarkt, die hinter der der Großstädte nicht zurücksteht, machte der Arbeiterschaft viel Sorgen. Die Lohnerhöhungen gleichen die Mehrausgaben keineswegs aus. Mit Riefenschriften wird auch der Teil, welcher neben der Fabrikarbeit noch Landwirtschaft betreibt, der Berechnung entgegengehen. Elend wo man hinschaut. Dem Angestellten und Funktionären mangelt es nicht an Arbeit. Der Angestellte mußte an 80 Tagen auswärts sein. Soweit die Mitgliederbewegung in Betracht kommt, kann man zufrieden sein, gegen Januar 1920 ein Mehr von 300 Mitgliedern, gegen Anfang des Jahres von 133. Mitgliederstand am Schluß des Jahres 222 männliche und 735 weibliche, insgesamt 957 Mitglieder. Der Bestand der Lokalkasse vermehrte sich um 2143 Mark. Die Neuwahlen zur Ortsverwaltung hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Huber-Winter, 2. Kappeler, Schriftführer Strom, Beisitzer Trion, Gsch, Meiser und Marie Link, Revisoren Strobel und Schweizer, Kartelldelegierte Huber-Winter, Kappeler, K. Meiser und Strom. Dann wurde darauf hingewiesen, daß eine Firma sich erlauben will, die Agitation nach Schluß der Arbeitszeit zu verbieten. Hier muß sich die betreffende Arbeiterschaft etwas mehr aufraffen. Wir hoffen, daß die Versammlungen in Zukunft besser besucht werden.

Werdau. Am 20. Februar fand die Mitgliederversammlung hiesiger Zahlstelle statt. In den Vorstand wurden gewählt: Bevollmächtigter: Ede; Kassierer: Krüppgang; Schriftführer: Bauer; Revisoren: Baureis und Kollegin Trumpold; Vertreter für das Ortsrat: Baureis. Hierauf berichtete Krüppgang in längerem Vortrag über den stattgefundenen Goutag. Im Punkt „Tarifliches“ erstattete Krüppgang Bericht über einige beim Goutagvorhaben eingeholte Erlaubnisse. Ferner wurden verschiedene Anträge erledigt und beschlossen, die Versammlung jeden ersten Montag im Monat abzuhalten. Zum Schluß forderte Kollege Bernert die Anwesenden auf, restlos an den Versammlungen teilzunehmen und treu zusammenzubehalten.

Zittau. Am 2. Februar hielt unsere Zahlstelle ihre Hauptversammlung ab, die in Anbetracht dessen, daß unsere Mitglieder zum größten Teil außerhalb Zittaus wohnhaft und beschäftigt sind, gut besucht war. Aus dem Bericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß das abgelaufene Geschäftsjahr als ein sehr arbeitsreiches anzupreisen war, da die Einführung des Reichstarifs in den Kleindruckbindereien mit aller Energie vorgenommen wurde. Aus dem Kassenbericht war ersichtlich, daß trotz des angewachsenen Mitgliederstandes von 30 männlichen und 26 weiblichen zu Anfang des Jahres 1921 auf 41 männliche und 95 weibliche zu Ende des Jahres der bis jetzt erhobene Lokalaufschlag sich als zu niedrig erweist und eine Erhöhung dringend nötig ist. In der die Neuwahlen berührenden Debatte fiel manches harte aber berechtigte Wort gegen die indirekten Schädiger der Zahlstelle, die durch ihre Interessenlosigkeit am Verbandsleben die Luft zum Weiterarbeiten töten. Kollege Schwarzbach machte nach langem Zureden seine Wiederwahl davon abhängig, daß die zu bildende Tarifkommission ihrem Wesen und Zweck entsprechend arbeitet und ihm hierdurch etwas entlastet. Die Funktion des Kassierers übernahm Kollege Steiner. Einstimmig beschlossen wurde, den Lokalaufschlag für männliche auf 75 Pf. und für weibliche auf 50 Pf. festzusetzen. Ebenfalls einstimmig beschlossen wurden einige Anträge zum Verbandstage.

Gau Nordbayern.

Der Goutagstand beruft hierdurch zum 19. März 1922, früh 9 Uhr, einen

Goutag

nach Nürnberg, Metallarbeiterhaus, Bordere Kart-häusergasse, ein.

Tagesordnung:

1. Bericht des Goutagvorstandes (Berichterstatler: Weinläder).
 2. Unsere Reichstariifpolitik (Referent: Weinläder).
 3. Anträge und Goutagelegenheiten (Referent: Beiratsmitglied Scharrer).
 4. Stellungnahme zum Verbandstag (Referent: Weinläder).
 5. Sonstiges.
- Alles weitere wird durch Rundschreiben bekanntgemacht.
Der Goutagvorstand. J. A.: Fr. Weinläder.

Gau Südbayern.

Der Goutagvorstand beruft zum 26. März, morgens 10 Uhr, einen Goutag nach München ein. Tagungsort: Haderbräu Keller, Theresienhöhe.

Tagesordnung:

1. Bericht der Goutagverwaltung.
 2. Unsere Tarifpolitik. Referent: Kollege Faust.
 3. Stellungnahme zum Verbandstag.
 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
- Anträge zum Goutag müssen bis zum 22. März an die Goutagverwaltung eingesandt werden.
Die Goutagverwaltung. J. A.: Rich. Faust.

Rundschau.

Der Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit bringt den Beschäftigungslosen nicht nur in materielle Bedrängnis, er muß außerdem noch vielfach moralische Demütigungen erdulden, als ob er an seinem Unglück schuld wäre. So erklärt ein englischer Bürgermeister angesichts der niedrigen Entlohnung der bei Rossfabriken beschäftigten Arbeitslosen: „Es scheint, als ob man die Vorstellung hätte, daß der Arbeitslose ein minderwertiges Wesen sei, das sich mit allem begnügen müsse. Seine Menschenwürde, die die Würde des Arbeiters wird angegriffen.“

In den Vereinigten Staaten ist in letzter Zeit in vielen Betrieben die Durchjudung der Arbeiter vor dem Verlassen des Betriebes üblich geworden. Ein kapitalistisches Blatt, das dieses Vorgehen sehr billigt, fügt hinzu: diese nützliche Maßnahme kann nur in Folge der Arbeitslosigkeit angewendet werden. Wäre diese nicht da, hätten die Arbeiter nicht die Angst, entlassen und arbeitslos zu werden, falls sie sich der Untersuchung widersetzen, so würden sie sich diese sicher nicht gefallen lassen.

Somit beschäftigt sich die von der Arbeiterschaft allgemein geteilte Auffassung, daß Arbeitslosigkeit nicht nur den Lebensunterhalt, sondern auch die Würde der Persönlichkeit des Arbeiters beeinträchtigt.

Adressenänderungen.

- B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
- Hensburg.** B.: U. Petersen, Glücksburger Straße 28. K.: A. Duzg, Friesische Str. 61a bei Andreen.
- Goldberg.** B.: P. Müller, Obere Kadest. 8 III. K.: Frau Martha Schubert, Gerberberg 7a.
- Cübel.** B.: Wilh. Timmermann, Weiserstr. 30a II. K.: E. Hädrich, Bleicherstr. 21
- Marburg (Cahn).** B.: K. Biebegut, Rotenburg 32. K.: E. Horn, Schneidersberg Nr. 3.
- Ohligs (Rhd.).** B.: Fr. Dinow, Werscheid-Ohligs, Kaiserstr. 18. K.: W. Konrad, Rathausstraße 44.
- Stieff.** B.: A. Günther, Kronprinzstr. 36. K.: R. Zander, Barnimstr. 72, r. Siff., pari.
- Striegau.** B.: P. Büttner, Herzhäuser 2. K.: F. Schuminsky, Zigausr. 3.
- Werdau.** B.: R. Ede, Werdau-Leubnitz, Wilhelmstr. 28 III. K.: K. Krüppgang.

Abrechnungen

vom 4. Quartal 1921 gingen weiter bis zum 28. Februar bei der Verbandskasse ein von:
Kasse 10 000.— Mr., Gau Rheinland-Westfalen 2789,20 Mr., Mainz 6000.— Mr., Mannheim-Ludwigshafen 8000.— Mr., Schmalkalden 896,65 Mr., Würzburg 5000.— Mr.
Noch nicht eingesgangen sind die Abrechnungen von Neubamm, Tilsit, Hensburg, Tor-

gau, Münster i. W., Saarlouis, Erfurt, Greiz, Halle a. d. S., Jümenau, Weiskensfeld, Freiburg i. Br., Kirchheim-Ted. Fr. Cender.

Sterbetafel.

Im Monat Februar sind uns folgende Mitglieber als gestorben gemeldet:

- Berlin.** Walter Schreiber, Buchbinder, 25 Jahre, Grippe.
— Julius Schindelmeyer, Buchb., 67 Jahre, Herzschlag.
— Franz Görtle, Buchbinder, 54 Jahre, Grippe.
— Ferdinand Bauer, Etuisarbeiter, 77 Jahre, Tuberkulose.
— Frieda Weitzsche, Galanteriearb., 55 Jahre, Lungentzündung.
— Richard Bischoff, Buchb., 61 Jahre, Grippe.
— Max Wieniak, Buchbinder, 54 Jahre, Grippe.
— Anton Przewozny, Kartomietter, 48 Jahre, Lungentuberkulose.
— Charlotte Albert, Lugsuspapierarb., 24 Jahre, Entbindung.
— Auguste Günther, Buchbindereiarb., 58 Jahre, Grippe.
Brieg. Susanna Riebold, Buchbindereiarbeiterin, 61 Jahre, Lungentzündung.
Hannover. Elise Lehen, Buchbindereiarb., 27 Jahre, Lungentuberkulose.
Hirschberg. Emma Reichelt, 48 Jahre, Grippe.
— Martha Juch, 57 Jahre, Gallensteine.
Jahr. Gustav Reichle, Buchb., 31 Jahre, Herzschlag.
Nürnberg. Wilh. Kalb, Wellpappenarbeiter, 72 Jahre, Unfall.
— Hedwig Schultze, Lugsuspapierarb., 21 Jahre, Infuenza.
Stuttgart. Emilie Kärcher, 23 Jahre, Lungentuberkulose.
— Theodor Claus, 78 Jahre, Altersschwäche.

Allen ein ehrendes Andenken!

ANZEIGEN

Kaufe Pappschere, eventuell auch Arbeitsstich, Offerten unter No. C. 162 an Rudolf Wolfe, Berlin, Köpenicker Straße 68.



Grüne-Blanc Buchbinder-Maschinen
Nietet i. erstklassiger Qualität und Farbe zu Vorzugspreisen an Preis 8.00 für Männer, 6.00 für Frauen mit Hand oder Kette 1921.45 — das Stück. Mehrfachmodel 1921.190.—

A. C. Vols
Berufsbildungsabteilung
Wessingstr. 2, Postfach 77, Tel. 2355
Bestehen Sie Musterabteilung.
Eingeliefert geg. Nachnahme.
Bei der Fachausstellung beim Buchhandel in Weimar wurde die Qualität meiner Fabrikate als vorzüglich anerkannt.

Wer bald oder später viel **Buchbinder** welcher mit dem Stellen der Nähmaschine und Buchschneidemaschine vertraut, sowie auch mit Papierarbeiten bewandert u. Süddeutschland gesucht. Ang. n. Zeugnisabschrift u. Lohnanpr. u. N. 100 an d. Buchbinder-Ztg

Einzelnen finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingesandt ist.

Buchbinderkleister, Kattleim, Pflanzenleim, Knochen- und Lederleim
liefern preiswert
Mechler & Co.
G. m. b. H.
Mannheim
Industriealafen.

Tüchtigen Goldschnittmacher
dauernde Beschäftigung sucht
Großbuchdr. J. J. J. J.
Berlin-Schöneberg,
Bahnhofstr. 29/30 (am Bahnhof Großgörschen Str.)

Tüchtige, gelehrte Kartonnagenarbeiter
insbesond. Aufeinander werden gesucht.
Went Dorich,
Papplastenfabrik, Erfurt.

Walzwerk,
gebr. gut erhalten, ca. 150x500 mm Walzengröße, zu laufen gesucht. Best. Angebote an
Oeder & Müller
Berlin, Königsgrüder Straße 73.